

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2022



**DDR-Bürgerrechtler und langjähriges Ratsmitglied
der Bundesstiftung Aufarbeitung Werner Schulz ist gestorben**

**MEMORIAL-Mitgründerin Scherbakowa wendet sich
mit stillem Protest-Aufruf an die russische Öffentlichkeit**

Claudia Roth besuchte die ehemalige DDR-Frauenhaftanstalt Hoheneck

Das Ende des normativen Kollektivismus?

Inhalt

Aktuell

- 3 DDR-Bürgerrechtler und langjähriges Ratsmitglied der Bundesstiftung Aufarbeitung Werner Schulz ist gestorben
Leben in Diktaturen: Sicherheit versus Freiheit?
Die soziale Frage als Machtfrage
- 4 30 Jahre SED-Unrechtsbereinigungsgesetze – Eine Bilanz
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Hoheneckerinnen sprechen! Ein hybrides Meeting
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
- 6 Der Kalte Krieg im Spionage-Film
Blackbox Heimerziehung

Recht

- 7 Vor 30 Jahren: Inkrafttreten des
1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes
Studie zur Bewertung von Maßnahmen für
politisch Verfolgte veröffentlicht
- 8 Betroffene des Rechtsbruchs zum Fremdrentengesetz (FRG)

Aufarbeitung

- 9 Ist die Aufarbeitung der „Mittäterschaft“ der Kirchen
in der SED-Diktatur gescheitert?
- 11 Offener Brief an alle Sozialgerichte
der Deutschen Bundesrepublik

International

- 11 MEMORIAL-Mitgründerin Scherbakowa wendet sich
mit stillem Protest-Aufruf an die russische Öffentlichkeit

Berichte

- 12 Claudia Roth besuchte die ehemalige DDR- Frauenhaftanstalt
Hoheneck
- 13 Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke besuchte die
Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

Geschichte

- 14 SED bestrafte einst Musik-Fans mit Arbeitslager
im Kohle-Tagebau
- 15 Das Ende des normativen Kollektivismus?

Verbände

- 17 Projekt „Vergessene Kinder“
Freie Plätze in der Malgruppe der Beratungsstelle Gegenwind
- 18 Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion
- 19 Nachruf auf Herbert Fischer
Nachruf auf Werner Schulz
Nachruf auf Hans Günter Kirchstein

Service/Bücher

- 20 Die Unsichtbaren
Ich kann keine Briefe schreiben...
- 21 Aus dem Lande gejagt – Die DDR-Jahre
des Dichters Wolfgang Hilbig
- 22 Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen
von SED-Unrecht“
Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18
Kontaktanzeige
- 23 Zeitschrift Horch und Guck:
Schwerpunkt „Putins Spiel mit der Welt“

Umschlagbild

Kantine Prora. DDR-Nostalgie im Jahr 2022. Gefunden auf Rügen in der Nähe der Ausstellung des Dokumentationszentrums Prora.

Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Nachruf auf Werner Schulz

Am 09. November, am Tag des Mauerfalls, ist Werner Schulz im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war ein Volksvertreter, der über die Grenzen seiner Partei, aber auch seines Landes hinausgedacht und gehandelt hat. Dies begann mit seinem Mandat für die erste freigewählte Volkskammer, führte über seine Tätigkeit als Abgeordneter des Deutschen Bundestages und endete auch nicht mit seinem Mandat für das Europäische Parlament. Im Zentrum seines Lebens stand sein Einsatz für Demokratie und Mitbestimmung. Er stritt als Mitglied der Arbeits- und Expertengruppe des Runden Tisches „Neue Verfassung“ 1990 für eine Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte noch in der untergehenden DDR. Er tat dies, weil er an das Vermächtnis der Friedlichen Revolution von 1989/90 glaubte, ihr aktives Wirken in eine demokratische Zukunft hinein. In seiner Rede am 09. Oktober 2009 beim Festakt zur Friedlichen Revolution im Leipziger Gewandhaus führte er aus: „Nein, die kommunistischen Staaten Osteuropas sind nicht zusammengebrochen oder implodiert. Gesellschaften brechen nicht einfach zusammen. Das zeigen China, Nordkorea oder Kuba. Und Revolutionen vollziehen sich nicht im Selbstlauf. Sie ereignen sich dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Wenn Menschen den Mut fassen, etwas zu tun und zu wagen, wozu sie lange nicht bereit waren.“ Und schon 2009 warnte er vor der Hochschätzung eines ehemaligen KGB-Offiziers, „der als Präsident und Ministerpräsident für schwere Menschenrechtsverletzungen in Russland mitverantwortlich ist. [...] Gerade der Freistaat Sachsen sollte wahrlich einer anderen Tradition verpflichtet sein.“

Die UOKG ist Werner Schulz zu besonderem Dank verpflichtet. Er setzte sich bereits früh (1992) und später als Beiratsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur über mehrere Amtsperioden hinweg für eine finanziell und inhaltlich abgesicherte Aufarbeitung durch die Bürger, für eine „Förderung außerparlamentarischer Ansätze zur Aufarbeitung“ ein. Die vielfältige Aufarbeitungslandschaft, die heute die fünf östlichen Bundesländer prägt, ist zu großen Teilen auf diese frühe Weichenstellung zurückzuführen. Genauso forderte er, die in einer Reihe von ostdeutschen Arbeitsämtern entstehenden Seilschaften zu entfernen, die begonnen hatten, ihre eigene Gefolgschaft zu bevorzugen. Er scheute sich auch als stellvertretender Vorsitzender des Beirates nicht, die Stiftung Aufarbeitung hart zu kritisieren, wenn sie sich von ihrem gesetzlichen Auftrag zu sehr entfernte, „die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen“. Ebenso harsch sprach Werner Schulz die klaren Worte Richtung Russland aus: „Wir dürfen uns von der Atomdrohung nicht einschüchtern lassen.“

Wir trauern um einen ehrlichen, aufrichtigen – im wahrsten Sinne des Wortes – streitbaren Demokraten, der das in der Friedlichen Revolution Erlernte bis zu seinem Tod bewahrt hat.

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

Die Redaktion schließt sich der Würdigung von Werner Schulz an. Gleichzeitig wünscht die Redaktion allen Lesern des Stacheldrahts ein besinnliches Weihnachten und kommen Sie gut ins neue Jahr. Die nächste Ausgabe des Stacheldrahts erscheint Anfang Februar 2023.

Dr. Henning Pietzsch
Redaktion


DDR-Bürgerrechtler und langjähriges Ratsmitglied der Bundesstiftung Aufarbeitung Werner Schulz ist gestorben

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin, 09.11.2022. Werner Schulz ist am 09. November 2022 mit 72 Jahren überraschend verstorben. Er zählte zu den profiliertesten Bürgerrechtlern in der DDR. Die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky, sagte: „Wir verlieren mit Werner Schulz einen engagierten, streitbaren und vor allem warmherzigen Unterstützer. Als wichtige Stimme der Aufarbeitung wird er uns sehr fehlen.“ Seit Gründung der Bundesstiftung Aufarbeitung 1998 war Werner Schulz Mitglied des Stiftungsrates. Der Ratsvorsitzende, Markus Meckel, würdigte Werner Schulz insbesondere dafür, dass er stets dafür eintrat, die osteuropäische Perspektive in die europäische Politik einzubeziehen:

„Seit Jahren kritisierte er weitsichtig – insbesondere auch als Abgeordneter des Europäischen Parlaments – die deutsche Russlandpolitik und mahnte eine realistische Auseinandersetzung mit Putin an.“

Geboren wurde Schulz am 22. Januar 1950 in Zwickau. Mit 18 Jahren erlebte er den Prager Frühling, eine Erfahrung, die ihn für sein gesamtes Leben politisierte. Werner Schulz engagierte sich seit den 1970er Jahren in der kirchlichen Friedensbewegung, seit 1982 war er Mitglied des Pankower Friedenskreises. 1989 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums, das er am Runden Tisch vertrat. Bei den ersten freien Wahlen in der DDR 1990 wurde Schulz in die Volkskammer gewählt. 1990 zog er für Bündnis 90/

Die Grünen in den gesamtdeutschen Bundestag ein und blieb bis 2005 Abgeordneter im Parlament. Von 2009 bis 2014 gehörte der Träger des Bundesverdienstkreuzes dem Europäischen Parlament an. Im Juni 2022 war er mit dem Deutschen Nationalpreis ausgezeichnet worden. Werner Schulz hinterlässt eine Ehefrau und zwei Kinder.

In Erinnerung an Werner Schulz verweist die Bundesstiftung Aufarbeitung auf das Interview „Mein 1968“, in dem er 2018 über die Prägungen seiner Jugend und sein Erleben des Prager Frühlings spricht: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/mein-1968-interview-mit-werner-schulz-0> 

Leben in Diktaturen: Sicherheit versus Freiheit? Die soziale Frage als Machtfrage

Montag, 07. Dezember 2022,

18.30 Uhr

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Mohrenstraße 60, 10117 Berlin

Die vergleichende Betrachtung der politischen Systeme DDR, Russland und Belarus zeigt, dass sozioökonomische Realitäten und Wahrnehmungen mit Regimestabilität verknüpft sind. Der Verlust der persönlichen Freiheit soll mit einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit oder zumindest sozialen Sicherheit kompensiert werden. Die Diskussion widmet sich den Verhältnissen in den drei Ländern.

Eine Gemeinsamkeit der betrachteten Länder ist, dass der Verlust der persönlichen Freiheit mit einer vermeintlichen sozialen Gerechtigkeit, oder zumindest sozialen Sicherheit kompensiert werden soll. In der DDR war Reichtum oder soziale Ungleichheit nicht vorgesehen; trotz relativer Gleichheit scheiterte das politische System. Russland entwickelte sich seit dem Zerfall der Sowjetunion zu einem Land des Turbokapitalismus; weltweit gehört Russland zu den Ländern mit der größten sozialen Ungleichheit. Die Mehr-

heit der russischen Bevölkerung lebt in ärmlichen Verhältnissen, eine Minderheit lebt in unvorstellbarem Reichtum. Und trotzdem ist das autoritäre System unter Wladimir Putin bisher stabil. In Belarus dagegen war die Stabilität des Systems an eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit für die Bürger*innen gekoppelt– dieser stille „Gesellschaftsvertrag“ wurde in den vergangenen Jahren aufgekündigt. Mit den gefälschten Wahlen im Sommer 2020 kam es zu langanhaltenden Massenprotesten, und Machthaber Lukaschenka konnte sich nur mit der Unterstützung Putins im Amt halten. Alle drei politischen Systeme zeigen, dass sozioökonomische Realitäten und Wahrnehmungen mit Regimestabilität verknüpft sind. Für Belarus und Russland stellt sich zusätzlich die Frage, wie sich der Krieg gegen die Ukraine und die westlichen Sanktionen auf die Wirtschaft und die soziale Lage auswirken.

Begrüßung

Reiner Felsberg, Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Berliner Mauer

Podium

– Alexander Libman ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt

Osteuropa und Russland an der Freien Universität Berlin.


- Nadja Douglas ist Politikwissenschaftlerin und forscht am ZOiS unter anderem zu Belarus.
- Jessica Lindner-Elsner ist assoziierte Doktorandin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung und hat sich in ihrer Dissertation mit sozialen Ungleichheiten in der DDR befasst.

Moderation

Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin des ZOiS. Seit April 2021 ist sie Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Reihe Leben in Diktaturen in Kooperation mit dem Förderverein der Gedenkstätte Berliner Mauer statt.

Anmeldung

Anja Krüger, Kommunikationskoordinatorin, events@zois-berlin.de
Stiftung Berliner Mauer
Bernauer Straße 111, 13355 Berlin 

30 Jahre SED-Unrechtsbereinigungsgesetze – Eine Bilanz

Am 04. November 1992 trat das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Rund 30 Jahre sind seit Einführung des ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes vergangen. Die letzte wichtige Novellierung der Rechtslage hat der Gesetzgeber unter anderem mit dem Wegfall sämtlicher Antragsfristen Ende 2019 eingeführt. Was ist erreicht worden? Welche Fragen sind offen? Wo besteht noch dringender Verbesserungsbedarf?

Wir wollen diesen Fragen nachgehen und haben dazu folgende Gäste eingeladen:

Philipp Mützel (Verlag C.H.Beck, München) und auf dem Podium erwarten wir Evelyn Zupke, Anne Drescher, Dieter Dombrowski und Hansgeorg Bräutigam. Zur Veranstaltung wird Sie Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, begrüßen. Ein Grußwort hält Katrin Budde (MdB).

Die Veranstaltung findet am 28.11.2022 ab 18 Uhr in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, statt. (U-Bahn Stadtmitte /Mohrenstraße). Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, der Eintritt ist frei. Es gelten

die jeweils aktuellen Corona-Regelungen. Das Tragen einer FFP2-Maske wird empfohlen. Zum Ausklang findet im Anschluss an die Veranstaltung ein kleiner Empfang statt.

Den Flyer finden Sie hier: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/sites/default/files/uploads/files/2022-10/EK_Unrechtsbereinigungsgesetze.pdf

Die Veranstaltung wird zudem im Livestream bei YouTube übertragen: <https://www.youtube.com/watch?v=rpV-FYZ6qCk>

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Mittwoch, 14. Dezember 2022, 17 Uhr

Thematische Archivführung

Titel: Einer Diktatur auf der Spur.

Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv

Thema: Zeugnisse der Haft – Archivalien zum Leipziger Stasi-Gefängnis

Ort: Bundesarchiv –

Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig,

Dittrichring 24

04109 Leipzig

Mittwoch, 25. Januar 2023, 11 Uhr
Archivführung

Titel: Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv

Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr;
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Ort: Bundesarchiv –
Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig,
Dittrichring 24
04109 Leipzig

Bundesarchiv –
Stasi-Unterlagen-Archiv –
Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24
04109 Leipzig

Telefon: 0341/2247-3210

Fax: 0341/2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de

HOHENECKERINNEN SPRECHEN!

Ein hybrides Meeting

Mittwoch 30. November 2022, 19 Uhr

Kulturhauptstadt Europas
Chemnitz 2025

Ort: Schmidtbankpassage/
Hartmannstrasse 3a / 09111 Chemnitz

Programm: Grußwort

Konstanze Helber, Vorsitzende des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.

Als ich ein Kind war?

Bernd Birkigt, Vorsitzender des Fördervereins Kulturhauptstadt ist in Stollberg aufgewachsen und berichtet über seine erste Begegnung

„Es hat alles nichts genützt – die hatten ihren Plan“

Pfarrer Holger Bartsch spricht mit der ehemals inhaftierten Religionspädagogin Eva-Maria Cramer über Zwangsadoption und Inhaftierung

Biermann, Hoheneck, Pujas und runde Tische. Was haben sie am PURPLE PATH zu suchen?

Alexander Ochs, Kurator PurplePath Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025

Initiieren Schmerzen Kunst?

Gespräch mit der Künstlerin Gabriele Stötzer

Ein Projekt der Kulturhauptstadt Europas 2025 Chemnitz. Es gilt auch dem Gedenken an die Frauen von Hoheneck.

Holger Bartsch
Pfarrer für Chemnitz – Europäische Kulturhauptstadt 2025
Theaterstraße 25, D-09111 Chemnitz
Mobil +49 1717245302
Tel +49 371 4005615
E-Mail holger.bartsch@evlks.de
www.kulturkirche2025.de

Bitte melden sie sich an über:
pfarrer@kulturkirche2025.de oder
ochs@c2025.eu

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock

Mittwoch, 07. Dezember 2022, Bürgerberatung 13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG) Grüner Weg 5 18055 Rostock (Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Mittwoch, 04. Januar 2023, Bürgerberatung 13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG) Grüner Weg 5 18055 Rostock (Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Die Veranstaltungen finden gemäß den aktuell geltenden Auflagen zum Infektionsschutz statt. Änderungen vorbehalten!

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck/Dummerstorf
Tel.: 038208 826 1323
Fax: 038208 826 1219

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de
Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 29. November 2022, 18:00 Uhr

Dr. Marianne Subklew-Jeutner, die Politikwissenschaftlerin stellt ihr Buch vor: Schattenspiel – Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi

Der Pfarrer Eckart Giebeler (1925–2006) arbeitete von 1949 bis 1992 als evangelischer Gefängnisseelsorger in verschiedenen Gefängnissen und war der einzige hauptamtliche „Geistliche im Strafvollzug“ der DDR – nach 1990 im Land Brandenburg. Ab 1953 übte er seine seelsorgerische Tätigkeit als Angestellter des Ministeriums des Innern der DDR aus und verpflichtete sich 1959 per Handschlag zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Als IM „Ro-

land“ schrieb er Berichte über Inhaftierte, besprach Tonbänder mit Informationen über Pfarrkonvente und Pfarrer-Kollegen und übergab dem MfS Dokumente, die „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ bestimmt waren.

Dienstag, 13. Dezember 2022, 18:00 Uhr

Tomáš Kafka, S.E. Botschafter der Tschechischen Republik, hält seinen Vortrag zu: Die Bilanz der Transformation in Tschechien nach 1989

Am 17. November 1989 unterdrückte die Polizei brutal eine Studentendemonstration, was Großdemonstrationen von bis zu 750.000 Menschen nach sich zog. Am 19.

November 1989 wurde das Bürgerforum zur tragenden Kraft der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei. Am 10. Dezember 1989 erklärte Staatspräsident Gustáv Husák seinen Rücktritt und Václav Havel wurde erster tschechoslowakischer Staatspräsident, der Reformler Alexander Dubček Präsident. Am 08. Juni 1990 fanden die ersten freien Parlamentswahlen in der ČSFR statt. Am 01. Januar 1993 wurden die Tschechoslowakei einvernehmlich aufgelöst und die Tschechische Republik sowie die Slowakische Republik als unabhängige Staaten ausgerufen. Nach Privatisierung der Wirtschaft und EU-Beitritt 2004 steigt das Bruttoinlandsprodukt stetig. Wie sieht es heute aus?

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V.
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin (Nikolaiviertel)
Tel.: +49 030 283 432 7
Fax: +49 030 280 971 93

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Öffentliche Führung am Sonntag 04.12.2022, 11:00 Uhr

Öffentliche Führungen am Montag 05.12.2022, 14:00 Uhr 12.12.2022, 14:00 Uhr 19.11.2022, 14:00 Uhr

Veranstaltungen am Tag der offenen Tür 05.12.2022, 10 :00 bis 17:00 Uhr

Dr. Christine Bücher
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
christine.buecher@denk-mal-dresden.de



Ehemalige Untersuchungsanstalt der Bezirksverwaltung Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Blick in das Stasi-Untersuchungsgefängnis.

Der Kalte Krieg im Spionage-Film

Wer war der bessere Filme-Macher? Die Stasi oder der BND? Serie zu Agenten im Ost-West Geschäft. Oktober 2022 bis Februar 2023

15.12.2022, 18:30 Uhr

Lehrfilme 2: Lehrfilme von BND und Verfassungsschutz

Geheimdienstausbildung durch Lehrfilme kam in den 1960er Jahren in Mode bei den westdeutschen Nachrichtendiensten. Durch nachgestellte Fälle und Situationen wollten die Ausbilder ihr Training veranschaulichen. Diese Praxis wendeten die Sicherheitsdienste bald auch für andere Zwecke an: Zur Sensibilisierung von Beamten und Behörden im Kalten Krieg. Geheimnisschutz und Spionageabwehr sollten so trainiert werden. In dieser Veranstaltung werden zwei beispielhafte Filme aus den 1960er Jahren gezeigt: „Der Geheimdienst lässt bitten“, in dem Geheimdienstaktivitäten und der Einsatz nachrichtendienstlicher Technik fremder Staaten in München anhand konkreter Beispiele und mit geheimen Interviews von BND-Mitarbeitern dargestellt werden. Der zweite Film, „Könnte Ihnen das passieren?“ war eine Auftragsproduktion

des Bundesinnenministeriums und verfilmte vom Verfassungsschutz aufgedeckte Fälle über den Umgang mit Staatsgeheimnissen.

Gast: Dr. Bodo Hechelhammer (Chef-Historiker BND)

15.01.2023, mittags

Dokumentation 2: WDR-Dokumentation über den BND von 1964 „Von Fremde Heere Ost zum BND“. Im Kalten Krieg betrieben alle Geheimdienste in Ost und West eine geheime Pressepolitik. So auch der westdeutsche BND. Nachdem sein Image Anfang der 1960er Jahre schwer gelitten hatte, ging der BND in die Offensive: Erstmals stimmte er einer TV-Dokumentation und Dreharbeiten hinter den heiligen Toren der Pullacher Zentrale zu. Das Resultat: Die WDR-Dokumentation „Von Fremde Heere Ost zum BND“ von 1964. Gemeinsam mit dem langjährigen BND-Chef-Historiker Dr. Bodo Hechelhammer diskutieren wir die Hintergründe

des Films, bevor er in voller Länge gezeigt wird.


14.02.2023 um 18:30 Uhr

Dokumentation 1:

Dokumentationsfilm des MfS über den Maulwurf im BND Heinz Felfe

Heinz Felfe war der bedeutendste deutsche „Maulwurf“ des Kalten Krieges. Der ehemalige SS-Mann war in seinem Leben für nicht weniger als sieben Geheimdienste aktiv. Seinen größten Auftritt hatte er jedoch als KGB-Maulwurf im westdeutschen BND. Als er 1961 aufflog, löste er einen der größten Spionageskandale der Bundesrepublik aus. 1969 wurde er in die DDR ausgetauscht und wurde fortan vom MfS verhätschelt. Unter anderem drehte die Stasi eine eigene TV-Dokumentation über ihn.

Gast: Bodo Hechelhammer (Buchautor und BND-Chefhistoriker) angefragt

Bürgerkomitee 15. Januar e.V.
Stasizentrale Berlin
Haus 1 Raum 614
Ruschestra. 103
10365 Berlin
(U 5 Magdalenenstraße) 

BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Die mobile Ausstellung macht Station auf dem Gelände der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Vom 11. Oktober bis zum 21. November 2022 können sich Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus in einem besonderen Rahmen über die repressive DDR-Heimerziehung informieren: Der von der Gedenkstätte „Geschlossener Jugendwerkhof Torgau“ zum mobilen Denkzeichen umgebaute Seecontainer umfasst eine mitreißende Ausstellung im Innen- und Außenbereich, wo die ideologischen Hintergründe sozialistischer Umerziehung sowie die Funktionsweise des DDR-Heimsystems spannend und biografisch erfahren werden können.

„In der DDR hat es viele zweifelhafte Erziehungseinrichtungen gegeben, an die bis heute wenig erinnert wird“, berichtet die Gedenkstättenleiterin Heide Schinowsky, die sich seit Jahren für die Betroffenen engagiert: „Die Aufarbeitung der repressiven Heimerziehung in der DDR braucht eine vertiefte Auseinandersetzung. Wir werden nun auch auf unserem Gelände dazu beitragen und wollen eine Debatte anstoßen“, kündigt Schinowsky an.

Dass es bisher nur wenige Orte zur Erinnerung gibt, war für die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof einer der Hauptbeweggründe für die Initiierung der BLACKBOX. Mit dem mobilen Denkzeichen soll seit dem Sommer 2022 an exemplarischen historischen Orten die Öffentlichkeit erreicht und dazu angeregt werden, sich mit diesem Teil der DDR-Geschichte auseinanderzusetzen. Auch in Cottbus und Umgebung hat es eine Reihe von (Um-)Erziehungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche gegeben, die zum Teil bis heute unter ihren dortigen Erfahrungen leiden.

Als ehemalige Strafvollzugseinrichtung (StVE) für zuletzt erwachsene Männer ist die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus auf den ersten Blick kein tradierter Ort zur Aufarbeitung der Praktiken in DDR-Kinder- und Jugendheimen. Doch auch der Erwachsenen-Strafvollzug ist in der DDR erheblich vom ideologisch-geprägten Umerziehungsanspruch geprägt gewesen – umso mehr im Gefängnis Cottbus, da

die große Mehrheit der hier Inhaftierten politische Häftlinge waren.

Seit über zehn Jahren engagiert sich die Gedenkstätte mit Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Aufarbeitung und Sichtbarmachung dieses Unrechts. Als mittlerweile fest etablierte Institution in der Brandenburger Bildungslandschaft möchte die Gedenkstätte nun in Cottbus und Umgebung zur Aufklärung über die DDR-Heimerziehung beitragen.

Die BLACKBOX HEIMERZIEHUNG steht auf dem Gelände der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus und kann kostenlos besucht werden. Für die vertiefende Roll-Up-Ausstellung über den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau „Auf Biegen und Brechen“ in den Innenräumen der Gedenkstätte ist der übliche Eintritt zu entrichten: 5€ ermäßigt, 8€ regulär. Für Schulklassen und andere Gruppen können besondere Führungen gebucht werden: 0355/290 133 15 | bildung@menschenrechtszentrum-cottbus.de 

Vor 30 Jahren: Inkrafttreten des 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes

Vor 30 Jahren, am 04. November 1992, trat das 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft. Dieses so sperrig klingende Gesetz gab den geschätzt 250.000 politischen Häftlingen der DDR erstmals die Möglichkeit, sich strafrechtlich rehabilitieren zu lassen. Die in der DDR gefällten rechtsstaatswidrigen Urteile konnten so gerichtlich überprüft, aufgehoben und aus dem Strafregister entfernt werden. Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz ermöglicht zudem einen finanziellen Ausgleich. Für die zu Unrecht erlittene Haft wird Haftopfern auf Antrag eine Kapitalentschädigung in Höhe von 306,78 Euro je angefangenen Haftmonat gewährt. 2007 kam die sogenannte Opferrente ins strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz. Bedürftige Betroffene, die mindestens 90 Tage in politischer Haft waren, erhalten auf Antrag eine monatliche Rente in Höhe von bis zu 330 Euro. Im Jahr 2020 bezogen in Sachsen 7.264 Personen diese Rente.

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur würdigt das Gesetz als wichtigen Beitrag zur

Aufarbeitung von politischem Gewahrsam in der DDR: „Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz war und ist ein wichtiger Grundpfeiler für die Anerkennung von zu Unrecht erlittener Haft. Seit Inkrafttreten des Gesetzes beantragten hunderttausende Haftopfer ihre Rehabilitierung. Die von den Abgeordneten des Deutschen Bundestags am 22. November 2019 beschlossene Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze war ein wichtiger Meilenstein für die dauerhafte Aufarbeitung von SED-Unrecht und Unterstützung der Betroffenen. Dass Diktaturopfer nunmehr unbefristet das Recht haben, das in der DDR erlebte Unrecht offiziell als solches anerkennen zu lassen, ist essentiell wichtig. Es ist ein wichtiges Signal in die Gesellschaft, dass es für die Aufarbeitung von SED-Unrecht kein Verfallsdatum gibt.“

Die aktuellen Antragszahlen zeigen, dass das Thema politische Haft in der DDR kein abgeschlossenes Kapitel der DDR-Geschichtsschreibung ist. So wurden im letzten Jahr an sächsischen Gerichten im-

mer noch 409 Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung gestellt.

„Dennoch bestehen weiter Gerechtigkeitslücken“, so die Landesbeauftragte. „Es gibt Verbesserungsbedarf bei der Anerkennung von Haftfolgeschäden. Viele Betroffene haben ob der bürokratischen Hürden oder aus Angst vor Retraumatisierung schon resigniert.“

Die Landesbeauftragte arbeitet hier eng mit den anderen Landesbeauftragten und mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur zusammen und bringt sich mit Vorschlägen für eine Novellierung der bestehenden Reha-Gesetze ein.

Für Rückfragen können Sie mich gerne kontaktieren unter der 0351/ 493 3704.

Magdalena Ermlich,
stellvertretende Landesbeauftragte
SÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE
ZUR AUFARBEITUNG DER
SED-DIKTATUR
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Besucheradresse:
Devrientstraße 1, 01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351 493 3704
Fax: +49 (0)351 451031 3709
magdalena.ermlich@slt.sachsen.de 

Studie zur Bewertung von Maßnahmen für politisch Verfolgte veröffentlicht

Empirische Studie zur Bestandsaufnahme und Bewertung von Maßnahmen für politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin von 1990 bis 2020

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) hat das Berliner Institut für Sozialforschung GmbH (BIS) mit der Studie beauftragt, eine Bestandsaufnahme von Maßnahmen zur Aufarbeitung des Unrechts in der SBZ/DDR durchzuführen. Erstmals für das Land Berlin sollten systematisch staatliche und zivilgesellschaftliche Maßnahmen von 1990 bis 2020 erfasst werden. Hierfür wurde ein mehrstufiger Ansatz vorgesehen, der unterschiedliche Institutionen und Personengruppen umfasste sowie unterschiedliche methodische Ansätze verknüpfte.

Zielsetzung der empirischen Studie war eine erstmalige Bestandsaufnahme und Bewertung von Maßnahmen im Zeitraum von 1990 bis 2020 zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin. Konkret untersucht werden sollten die strafrecht-

liche, berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierungspraxis, soziale Ausgleichsleistungen sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Beratungsangebote für in Berlin wohnhafte Menschen, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder staatlicher Willkür ausgesetzt waren.

Es wurden Personen, die politisch verfolgt oder staatlicher Willkür ausgesetzt waren, zu ihren Erfahrungen im Rehabilitierungsprozess und zu den erhaltenen sozialen Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen aus den drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen befragt. Zudem war ein weiterer Aspekt der Studie, die aktuelle Lebenssituation dieser Personengruppe sowie deren in Berlin wohnhaften Kindern systematisch zu betrachten. Die Projektlaufzeit war von Dezember 2020 –

Oktober 2021 angelegt. Am 29. August 2022 konnte die Studie nun im Rahmen einer Pressekonferenz im Berliner Abgeordnetenhaus veröffentlicht werden.

Die für Berlin erstmalig durchgeführte Studie hatte den Anspruch, den Rehabilitierungsprozess im Land Berlin möglichst vollständig abzubilden und zu bewerten. Sie erweitert und ergänzt damit den bisherigen Forschungsstand, indem sie unterschiedliche Verfolgtengruppen in den Blick nahm, Einblicke in die Prozessabläufe gab und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Prozesse darstellte.

Zur Umsetzung wurden statistische Kennzahlen in 35 staatlichen Institutionen und Beratungsstellen erhoben. Insgesamt wurden 20 leitfadengestützte Interviews mit Fachleuten durchgeführt, außerdem



qualitative Interviews mit 21 Verfolgten der SED-Diktatur und deren Kindern. Darüber hinaus wurde eine quantitative Befragung durchgeführt, an der 487 Personen teilnahmen.


Die Studie nahm die Beratungslandschaft im Land Berlin für Verfolgte der SED-Diktatur in den Blick. Untersucht wurde, welche staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote dieser Personenkreis seit 1990 in Anspruch nehmen konnte. Auch die Prozesse der Antragstellung zur Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen

und die Bewilligung von Leistungen wurden analysiert.

Quelle: Empirische Studie zur Bestandsaufnahme und Bewertung von Maßnahmen für politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin im Zeitraum von 1990 bis 2020. Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin – Teil I, Herausgeber: Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin.

Autorinnen und Autoren: Dr. Eva Schulze, Dipl.-Soz. Janika Gabriel, Dr. Felix

Bader, M.A. Hanne Balzer, Dr. Dominikus Vogl. BIS Berliner Institut für Sozialforschung GmbH, www.bis-berlin.de, <https://www.bis-berlin.de/bestandsaufnahme>

Die Ergebnisse der Studie und weitere Informationen können hier eingesehen und heruntergeladen werden: Berliner Instituts für Sozialforschung (<https://www.bis-berlin.de/bestandsaufnahme>) (Download als PDF) oder beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten (<https://www.berlin.de/aufarbeitung/veroeffentlichungen/aufarbeitung-der-sed-diktatur/studie-1/>). (Download als PDF) 

Betroffene des Rechtsbruchs zum Fremdrentengesetz (FRG)

Zur Thematik des FRG wurde zuletzt nunmehr bereits das 2. Mal mit dem gleichen Bundestagsabgeordneten gesprochen, um die Entwicklung zu erfahren. Am Freitag, dem 21.10.22, fand zur abendlichen Zeit ein Gespräch hierzu in Anwesenheit von Frau Christa Ladendorf (Christa Ladendorf, Modegestalterin, wollte mit ihrer Familie die DDR verlassen. Drei Jahre dauerte es, bis Christa Ladendorf im Jahr 1987 ausreisen konnte) und Wolfgang Graetz (Wolfgang Graetz aus Schöneiche bei Berlin, wurde 1988 als politischer Häftling aus dem Gefängnis Cottbus freigekauft) statt. Der Bundestagsabgeordnete ist im Sozialausschuss eingebunden und hatte sich nachhaltig für unsere Thematik eingesetzt. Die Verschwiegenheit zur namentlichen Benennung des Bundestagsabgeordneten wurde vorausgesetzt.

Nunmehr teilt er uns folgenden Sachstand mit: Bundeskanzler Scholz möchte bis Jahresende die Thematik einer Lösung zugeführt haben, um es zu beenden! Von den politischen Beteiligten wird ein „Härtefallfonds“ favorisiert. Dieser „Härtefallfonds“ setzt sich aus einer finanziellen Beteiligung des Bundes mit 500 Millionen Euro und weiteren 500 Millionen Euro der Länder zusammen. Die Länderbeteiligung ist freiwillig!

Folgende Gruppen sollen aus diesem Fonds berücksichtigt werden:

- Jüdische Kontingentflüchtlinge
- Spätaussiedler
- Menschen aus den neuen Bundesländern (?)
- politische Häftlinge des SED-Regimes fehlen bisher

Politisch wird also der aus unserer Sicht bisherige Rechtsbruch damit zwar allgemein aufgehoben, wir waren vor dem Mauerfall ja bereits staatsrechtlich Bundesbürger, aber nicht grundsätzlich beseitigt bzw. geheilt, und, er ist als Almosen anzusehen. Als Entgegenkommen der politisch Verantwortlichen schenkt man uns „freiwillig“ einen Härtefallfonds.

Nach jahrzehntelangem Kampf um unser Recht auf Rentenpunkte bzw. Zahlung nach dem FRG, wirft man uns dieses Almosen vor, frei nach dem Motto: friss oder stirb. Die politische Argumentation dafür ist, wenn ihr damit nicht zufrieden seid, gibt es gar nichts!

Diese Almosenzuwendung wäre möglicherweise als Einmalzahlung zu sehen. Sie soll ca. bis zu 2.500 € pro Person betragen. Nicht umsonst heißt dieser Fonds ja „Härtefallfonds“. Also gibt es weitere ausschlaggebende Kriterien, wer daran partizipiert. Und diese Summe soll eine Lebensleistung ausgleichen?! Wer entscheidet dann eigentlich über die Verteilung aus diesem Fonds? Ist es Frechheit oder „politischer Affekt, der uns entgegenschlägt“

Doppelt und mehrfach gedemütigt werden ehemalige politische Gefangene des SED-Regimes. Denn sie werden nicht nur durch den Rechtsbruch zum FRG in ihrer Lebensleistung herabgewürdigt, viele haben psychische und physische Folter erlebt. Ihre Arbeitskraft wurde zerstört und die Betroffenen rutschten dadurch noch tiefer ins soziale und finanzielle Abseits.

Die Staatsverträge zur Herstellung der

deutschen Einheit, die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR trat am 01. Juli 1990 aufgrund eines Staatsvertrages in Kraft, als auch der Einigungsvertrag vom 31. August 1990, haben eindeutig nur Regelungen für die „bis zum Stichtag 03. Oktober 1990 ehemaligen OSTDEUTSCHEN“ beinhaltet! Freigekaufte, Geflüchtete oder Übergesiedelte waren als Bundesbürger nicht erfasst! Für sie galt weiter das FRG bis es durch das Rentenüberleitungsgesetz 1991/92 aufgehoben wurde. Inwieweit vor diesem Hintergrund nach Inkrafttreten eines zukünftigen Fonds noch rechtliche Mittel eingesetzt werden können, um diese Rechtslücke zu schließen, ist aktuell weiter offen. Es besteht aber die große Vermutung, die Gestaltung dieses Fonds wird dies vorsorglich verhindern. Ich lehne diesen Härtefallfonds deshalb konsequent ab.

Alle Betroffenen sollten sich daher unmittelbar mit einer Beschwerde an die Regierungsspitze wenden. Ein paar einfache Worte reichen dazu. Richten Sie ihre Beschwerde an Herrn Bundeskanzler Scholz, die Minister Heil und Lindner, aber evtl. auch an die Fraktionen SPD, CDU, FDP und Linke.

Wolfgang Graetz,
Fichtestraße 3, 15566 Schöneiche
Ehemaliger politischer Häftling
des SED-Regimes

Anmerkung der Redaktion: Die Diskussionen und die Bemühungen um eine abschließende und rückwirkende Lösung sind seit Jahren bekannt. Auch im Stachelndraht wurde das Thema von verschiedener Seite immer wieder aufgegriffen. So zum Beispiel in der Ausgabe 2/2012 auf den Seiten 9 und 10: „Gebrochenes Versprechen. Erstmals Bundestagsdebatte

über DDR-Flüchtlingsrenten“, „Diskriminierung nicht hinnehmbar. Ehemalige DDR-Flüchtlinge fordern Wiederherstellung ihres Rentenrechtes“.

Archiv der UOKG nachzulesen: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/archiv-2012/Fremdrentengesetz> (FRG): <https://www.gesetze-im-internet.de/frg/BJNR000940960.html>

Das Rentenüberleitungsgesetz vom 25.07.1991 (RÜG) ist im Beitrittsgebiet in Bezug auf die Angleichung im Fremdrentengesetz am 01.01.1992 in Kraft getreten.

Berliner Härtefallfonds

Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte (BAB) nimmt Anliegen mit Bezug auf Leistungen aus dem Härtefallfonds des Landes


Berlin entgegen. Interessenten bekommen vom BAB eine individuelle Beratung sowie Hilfe bei der Antragsstellung.

Der Fonds richtet sich an alle Berlinerinnen und Berliner, die in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR politisch verfolgt wurden und sich aktuell in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden.

Betroffene können eine einmalige finanzielle Unterstützung erhalten, die ihnen hilft, eine gravierende Problemlage nachhaltig zu bewältigen. Dazu gehören beispielsweise Unterstützungen bei Aus- und Fortbildungen, medizinischen Hilfen, der Schaffung und dem Erhalt von selbstbestimmten Wohn- und Lebensmöglichkeiten, technischen Alltagshilfen, der Verbesserung zur Mobilität der sozialen Teilhabe.

Hilfemaßnahmen durch den Härtefallfonds können nur gewährt werden, wenn eine Rehabilitation der politischen Verfolgung vorliegt und wenn keine anderen Hilfesysteme greifen. Laufende Kosten können aus dem Härtefallfonds nicht abgedeckt werden. Wie die Unterstützungsleistungen gewährt werden, ist in einer Richtlinie festgelegt.

Über die Vergabe der Fondsleistungen entscheidet der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello unter Mitwirkung eines Beirats. Den Beirat bilden die DDR-Oppositionelle Evelyn Zupke und Mario Röllig, der in der DDR aus politischen Gründen im Gefängnis saß.

Quelle: <https://www.berlin.de/aufarbeitung/beratung/haertefallfonds/artikel.1005390.php> 

Ist die Aufarbeitung der „Mittäterschaft“ der Kirchen in der SED-Diktatur gescheitert?

Die Political Correctness in diesem Lande sorgt tagtäglich dafür, dass Tatsachen und damit die Realität als solche nicht mehr benannt werden dürfen. Können Sie, Herr Landesbischof und Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, sich vielleicht vorstellen, dass viele Christen in West- und Mitteldeutschland vom Auftreten der Kirchenleitungen aus dem Bereich der Amtskirche mehr als nur entsetzt sind? Seit 2017 traten 2.421.634 Millionen Kirchenmitglieder insgesamt aus der Evangelischen und der Katholischen Kirche aus.

Ich, Jürgen Plöhn, erlaube mir als konfessionell nicht mehr gebundenes Mitglied der Evangelischen Kirche, Ihnen, Herr Bischof, beispielhaft einige Versagensmomente Ihrer Amtskirche bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur über Jahre hinweg ungeschminkt und ohne Selbstzensur zu benennen:

1. Am 29. Februar 1968 fand im Nationaltheater Weimar eine „Aussprache“ über den Entwurf einer neuen sozialistischen DDR-Verfassung statt. Im Gegensatz zur alten Verfassung fehlten in dem neuen Ulbricht-Papier das Streikrecht und das Recht auf Auswanderung. Als „Entschädigung“ dafür tauchte in dem deutschen Verfassungsentwurf – gedacht als obligatorischer Kniefall Richtung Moskau – der Begriff Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf. Die gesamte Veranstaltung war lediglich Theater im Theater. Der

Staatschauspieler Walter Ulbricht und der Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen Moritz Mitzenheim waren dabei die Hauptakteure. Der evangelische Schauspieler hatte zur Feier des Tages den Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Gold angelegt; es könnte aber auch der Stern der Völkerfreundschaft gewesen sein. Dann sprach er den historisch bedeutsamen Satz ins Auditorium und in die Kameras des Deutschen Fernsehfunks: „Staatsgrenzen sind auch Kirchengrenzen!“ Das hatte zur Folge, dass die evangelische Kirche zukünftig nur noch von Kirche im Sozialismus faselte. Selbstverständlich durfte auch dieser Kirchenfürst in den Westen reisen, um dort als nützlicher Idiot im Leninschen Sinne für die neue Haltung der DDR-Amtskirche zu werben.

2. Wo war eigentlich die evangelische Amtskirche, als das Ulbricht-Regime die jungen Wehrpflichtigen zum Dienst an der Mauer in Berlin und an der innerdeutschen Grenze einzog? Schließlich musste ja die von der Amtskirche anerkannte Staatsgrenze/Mauer – auch offiziell als Antifaschistischer Schutzwall bezeichnet – mit der Waffe in der Hand „geschützt“ werden. Wie heißt doch gleich das fünfte Gebot?

3. In einigen Anstalten des sozialistischen Strafvollzuges der DDR konnten Gottesdienste der katholischen und der evangelischen Kirche stattfinden. Nicht so im vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ver-

walteten Haftarbeitslager „Kommando X“ in Berlin-Hohenschönhausen, wohl aber im Zuchthaus Cottbus. Die schon länger Einsitzenden warnten gleich zu Beginn die neu Ankommenden, dass der evangelische Pfarrer nicht „sauber“ sei! Der Pfarrer führte seinen Gottesdienst unter dem Götzenbild eines Walter Ulbrichts durch, und er sah es als verwerflich an, dass so viele Strafgefangene das Land westwärts verlassen wollten, erwartete aber dennoch von den Häftlingen, dass sie die vorgegebenen Arbeitsnormen bei guter Qualität erfüllten. Als abschreckendes Beispiel führte er noch an, dass er die Elendsquartiere in Marseille bereits gesehen habe. Zu meiner Zeit gab es weder beim katholischen noch beim evangelischen Pfarrer Gespräche unter vier Augen!

Nach der Implosion des Paradieses der Arbeiter & Bauern zeigte sich, dass die politischen Häftlinge, die vor dem evangelischen Kirchenmann gewarnt hatten, richtig lagen. Der „Leistungsträger“ des Ulbricht-/Honecker-Regimes hinter den Gefängnismauer hieß Eckart Giebler, Jahrgang 1925, einziger hauptamtlicher DDR-Gefängnisseelsorger, Major der Volkspolizei, Inoffizieller Mitarbeiter (IM „Roland“) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), Träger des Vaterländischen Verdienstordens (nur) in Silber. Über diesen „Judas“ hielt Bischof Schönherr noch schützend seine Hand. Der Nachwelt hat der evangelische „Seelsorger“ auch ein Buch hinterlassen: „Hinter verschlossenen



Türen. Vierzig Jahre als Gefängnisseelsorger in der DDR“, R. Brockhaus Verlag, Wuppertal/Zürich, 1992. In diesem Machwerk hat der Genosse Gefängnispfarrer natürlich kein Wort über seine o.g. diversen „Nebentätigkeiten“ verlauten lassen. Erst nach seinem Tode kamen die verräterischen Aktivitäten dieses Christenmenschen ans Tageslicht. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich weitere evangelische Kanailen: Pfarrer F. Rudolph, Pfarrer Kohlmann, Pfarrer Gartenschläger, Pressepfarrer J. Kapske, Pressepfarrer G. Thoma, Pressepfarrer R.D. Günther, Superintendent Hans Reder Weimar, Generalsuperintendent G. Krusche, Rektor der Humboldt-Uni H. Fink, Bischof Ginke (Quelle: Matthias Stork). Das ist/war erlebte evangelische Kirche im Sozialismus. Der „Judaslohn“ war selbstverständlich deutlich höher als beim biblischen Verräter – Einstufung als Westwärts-Reisekader durch die Stasi sollte da schon erfolgt sein. Eine gründliche Aufarbeitung zur Seilschaft aus Staat/Stasi und evangelische Amtskirche? Fehlzanzeige!

4. Am 18. August 1976 protestierte der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz durch Selbstverbrennung gegen den DDR-Kommunismus. Wolf Biermann nannte dieses erschütternde Aufbegehren eine „Republikflucht in den Tod“. Am 22. August 1976 erlag Pfarrer O. Brüsewitz seinen schweren Verbrennungen. Erbärmlich war die Reaktion der evangelischen Amtskirche in Mitteldeutschland; in Westdeutschland war sie nicht viel besser. Das veranlaßte mich, endlich schriftlich in Speyer meinen Austritt einschließlich Begründung aus der evangelischen Amtskirche zu erklären.

5. Horst Kasner (eigentlich: Kazmierczak), geb. in Berlin, Jahrgang 1926, ab 1948 Studium der Evangelischen Theologie in Heidelberg, an der Kirchlichen Hochschule Bethel und in Hamburg. 1954 Umzug mit der Familie einschl. Tochter Angela Dorothea, erst wenige Wochen alt, nach Quitzow im damaligen Bezirk Schwerin – heute Brandenburg und nach Perleberg eingemeindet.

Laut Focus Magazin Nr. 20/2013 habe der Umzugsunternehmer erklärt: „Nur Kommunisten oder wirkliche Idioten“ würden freiwillig nach Mitteldeutschland ziehen. Diese Beurteilung ist durchaus nachvollziehbar, denn der Aufstand vom 17. Juni 1953 war noch nicht vergessen, und die „Abstimmung“ mit den Füßen gegen das stalinistische Ulbricht-Regime nahm erschreckende Ausmaße an. Immerhin lag das kleine Dorf Quitzow an einer Tran-

sitstraße (F 5), die Berlin mit Hamburg verband – hier kam somit noch die Welt vorbei. Den Dorfpfarrer zog es aber 1957 mit seiner Familie in die Kleinstadt Templin (Bezirk Neubrandenburg, heute wieder Brandenburg), obwohl sich in dieser Gegend Fuchs und Hase Gute Nacht sagten. Dort wurde er Leiter des Pastoralkollegs und Mitarbeiter des Weißenseer Arbeitskreises. Es wird berichtet, dass Horst Kasner der eigentliche Erfinder des Begriffes „Kirche im Sozialismus“ sei, und dass er den Spitznamen „Roter Kasner“ trug.

Damit erklärt sich, warum der Vater von Angela Kasner/Merkel tief in das DDR-System eingebunden war – selbstverständlich auch Reisekader West! Im Hause Kasner gingen christliche Leute ein und aus, die alle eine gesicherte evangelische DDR-Existenz besaßen, meistens von einem warmen Sessel aus versuchten, die Welt zu „bewegen“, in der Regel Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit waren und nach 1989 dennoch an die Schnittstellen der Macht gelangt sind. Bürgerrechtler dagegen, die auf die Straße gegangen sind, um Veränderungen zu fordern und die dafür ihren Kopf hingehalten haben (z.B. Bärbel Bohley), gingen dabei leer aus. Ein paar Namen aus dem Kasner-Netzwerk: RA Wolfgang Schnur = IM „Torsten und Dr. Ralf Schirmer“ – wäre fast Ministerpräsident der noch DDR geworden, RA Clemens de Maiziére (Vater von Lothar de Maiziére) = IM „Clemens, Phil, Anwalt“. Sohn Lothar tritt natürlich als Rechtsanwalt in die Fußstapfen von Vater Clemens. Die Indizien in den Stasi-Unterlagen lassen kaum Zweifel daran, dass Lothar de Maiziére nicht als IM „Czerney“ tätig gewesen wäre, dennoch wurde er Ministerpräsident, RA Manfred Stolpe = IM „Sekretär“ – aus juristischen Gründen mit einem Fragezeichen versehen.

Das, was Vater Kasner über Jahre hinweg als Seilschaft aufgebaut hatte, sollte auch noch Tochter Angela zugute kommen. Nachdem das Ende der DDR-Eliteeinrichtung Akademie der Wissenschaften in Ostberlin eingeläutet wurde, tauchte Angela Kasner/Merkel plötzlich in der Politik auf. Wolfgang Schnur war damals für Angela Kasner/Merkel der Mann der Stunde (Demokratischer Aufbruch u. Allianz für Deutschland), bis seine Stasi-Vergangenheit ruchbar wurde und ihn der Teufel holte. Auch Angela Kasner/Merkel selbst hat einige Unstetigkeitsstellen in ihrem Lebenslauf, die bis heute nicht geklärt sind (mögliche IM-Tätigkeit, Promotion an einer DDR-Eliteeinrichtung, ab 1986 Reisekader West usw.), aber es ging stetig auf

der Karriereleiter nach oben bis ins Bundeskanzleramt in Berlin. Einer, der bei dem Machtpoker um den Nachlass der DDR „durchgereicht“ wurde, dürfte RA Gregor Florian Gysi sein. Sein Vater Klaus Gysi (Ökonom) war u.a. Staatssekretär für Kirchenfragen in der DDR und natürlich auch IM „Kurt“. Sohn Gregor hätte somit gute Startbedingungen gehabt, aber er mußte sich über Jahre hinweg gegen den Vorwurf wehren, der IM „Notar“ gewesen zu sein. Somit hat ihn die evangelische Seilschaft des Horst Kasners von Anfang an einfach nicht richtig mitspielen lassen.

Auszug aus „Offener Brief an Herrn Landesbischof und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland Heinrich Bedford-Strohm“

Jürgen Plöhn

Jürgen Plöhn, lebt in Rhodt unter Rietburg, Jahrgang 1944, geboren in Perleberg, Abitur 1963, Maurerlehre mit Facharbeiterabschluss, Wehrpflichtiger der NVA, Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Juli 1969 Verhaftung durch das MfS, U-Haft in Erfurt, 1970 verurteilt vom Bezirksgericht Erfurt zu 5 Jahren Freiheitsentzug nach §19 (altes) und §106 (neues) Strafgesetzbuch der DDR, das Oberste Gericht der DDR in Ostberlin lehnte eine Revision des Urteils ab, Häftling im MfS-Haftarbeitslager „Kommando X“ in Berlin-Hohenschönhausen bis Januar 1972, bis Dezember 1972 Häftling im Zuchthaus Cottbus (evangelischer Gottesdienst), durch Amnestie nicht in den Westen, wie vom berühmt-berüchtigten Rechtsanwalt Wolfgang Vogel vorhergesagt, sondern nach Perleberg entlassen, Januar 1975 Ausreise einschließlich der Familie nach Hamburg.

Anmerkung der Redaktion: Die jeweiligen Berichte zur Aufarbeitung im kirchlichen Raum stellen die Sicht und Meinung von Betroffenen dar. Sie weisen auf tiefe Verletzungen und eine aus ihrer Sicht gescheiterte Aufarbeitung hin. Dem ist entgegenzuhalten, dass es sehr wohl zahlreiche Bemühungen vor allem in der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands gibt, das Vergangene aufzuarbeiten:

- Forschungsstelle „Kirchliche Praxis in der DDR. Kirche (sein) in Diktatur und Minderheit“ (Universität Leipzig)
- Katholisches Forum im Land Thüringen – Akademie des Bistums Erfurt
- Gesellschaft für Thüringische Kirchengeschichte e.V.

Offener Brief an alle Sozialgerichte der Deutschen Bundesrepublik

Bezug nehmend auf den Artikel im „Der Stacheldraht“ 8/22 (Seite 6) und dem Aufsatz in der Zeitschrift „Neue Justiz“ 7/22 ist es erforderlich, allen Sozialgerichten zu empfehlen, diesen sehr informativen Artikel zur Pflichtliteratur zu machen.

Nach der Lektüre desselben müsste die Auffassung vorherrschen, dass unsere Prozesse gegen das RÜG jahrelang von falschen Erkenntnissen und Festlegungen ausgingen und geführt wurden. Wir, das ist die IEDF (Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.), ein Verein, der von dem Rentenunrecht Betroffenen, die seit Jahren gegen das Unrecht der Ersatzlosen Streichung der zugesagten Rente nach FRG durch einer Rente nach RÜG, kämpfen.

So haben die Richterinnen und Richter das Recht und die Pflicht, auch dem BMAS vorzuhalten, dass es in den Wirren der Wiedervereinigung bei der Überleitung der Ostrenten in das bundesdeutsche Rentensystem zu Fehlentscheidungen gekommen sein könnte. Der eigentliche Skandal ist, dass diese Fehler nach über 30 Jahren noch nicht beseitigt wurden, dafür fehlt den Betroffenen jedes Verständnis. Rechtsstaatlichkeit sieht anders aus.

So stellt sich die Justitia der Sozialgerichtsbarkeit eher traurig dar. In der Rechten ein stumpfes Schwert, in der Linken eine eingestoste Waage und die Augenbinde ist zum Mund-, und Nasenschutz verrutscht. Fragen Sie doch die in den Prozessen anwesenden Vertreter der deutschen Ren-

tenversicherer, mit welchem Recht und auf welcher Grundlage Sie uns wieder zum DDR-Bürger machen, nachdem die DDR-Bonzen alle Ansprüche an die DDR aberkannten. Das ist schon ein Treppwitz der Geschichte, eine Amtsanmaßung und eine Unverschämtheit.

Die meisten von uns haben die 80 Jahre bereits überschritten und würden gerne noch in diesem Leben erfahren, was für einen Stellenwert die Gerechtigkeit im Hier und Jetzt hat. Es fällt schwer zu glauben, dass auf die biologische Lösung des Problems gesetzt wird.

Günter Russ
Schwalbenweg 8,
71554 Weissach im Tal
Tel.: 07191-53995

MEMORIAL-Mitgründerin Scherbakowa wendet sich mit stillem Protest-Aufruf an die russische Öffentlichkeit

Berlin/Moskau, 04. November 2022 – Es ist der wohl stillste Protest-Aufruf, den es in Russland jemals gegeben hat. Anlässlich des Tages der Einheit des russischen Volkes hat die mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis gewürdigte russische Menschenrechtsorganisation MEMORIAL ein Video veröffentlicht, in dem Gründungsmitglied Irina Scherbakowa in einem Schweige-Statement zu sehen ist. Die Menschenrechtlerin und Historikerin will mit ihrer Sprachlosigkeit zeigen, dass es an diesem Tag weniger auf ihre Worte ankommt, als vielmehr auf die Taten derjenigen, die das Video betrachten.

Der einzige Protest in Russland, den Wladimir Putin nicht verhindern kann

Konkret sind die Zuschauerinnen und Zuschauer des Videos eingeladen, am Nationalfeiertag auf dem virtuellen Roten Platz von Moskau gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu protestieren. Irina Scherbakowa ermutigt mit ihrem Schweigen Russinnen und Russen sowie Menschen in aller Welt, sich auf www.redsquareprotest.org am digitalen Kreml positionieren zu lassen, während das

Video im Hintergrund weiterläuft. Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner können auf diese Weise ihren Protest ausdrücken, ohne dabei Angst vor Polizeigewalt haben zu müssen. Am Ende des Videos sagt die gebürtige Moskauerin und mittlerweile im Exil in Deutschland lebende Scherbakowa wenigstens ein Wort: „Спасибо“ – Danke!

Der Feiertag unterliegt zunehmend der Propaganda Putins

Der 4. November ist seit 2005 ein gesetzlicher Feiertag in Russland. Historisch bezieht sich der Tag auf einen Volksaufstand aus dem Jahr 1612 gegen die polnisch-litauischen Besatzer, die aus dem Moskauer Kreml vertrieben wurden. Heute soll der Feiertag nach Interpretation des russischen Regimes den Zusammenhalt der russischen Gesellschaft demonstrieren, vor allem in Abgrenzung gegenüber angeblichen Bedrohungen von außen. Russlands Präsident Wladimir Putin nutzt diesen Tag für Propaganda-Zwecke.

„Zehntausende demonstrieren bereits virtuell. Doch wir müssen mehr werden, um ein Zeichen an das russische Regime zu setzen.“

Der Ukraine-Krieg wird in Russland jedoch zunehmend mit Skepsis verfolgt.

Unter anderem führte die Bekanntgabe der Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte im September zu Protesten sowie zu Ausreisen von Wehrpflichtigen ins Ausland. „Viele Menschen in Russland sind mit diesem Krieg nicht einverstanden“, sagt Irina Scherbakowa am Rande der Aufnahmen zu ihrem Schweige-Statement. „Diesen Menschen müssen wir eine Möglichkeit bieten, ihre Ablehnung in einem zunehmend diktatorisch geführten Land auszudrücken. Zehntausende demonstrieren bereits virtuell. Doch wir müssen mehr werden, um ein Zeichen an das russische Regime zu setzen.“ Verbunden sei dies mit der Hoffnung, dass „wir irgendwann alle vereint in Fleisch und Blut auf den Roten Platz gehen können“, so Scherbakowa weiter.

MEMORIAL wird am 10. Dezember der Friedensnobelpreis verliehen

Die im Jahr 1989 gegründete Menschenrechtsorganisation MEMORIAL ist im Dezember 2021 zwangsliquidiert worden. Das Oberste Gericht Russlands



hat die Dachorganisation inklusive ihren Regionalorganisationen verboten. Den Widrigkeiten zum Trotz engagieren sich jedoch nach wie vor viele Menschen für die älteste Menschenrechtsorganisation Russlands, die angesichts ihres Engagements zur Bekämpfung des Militarismus sowie ihrer Sammlung von Informationen über politische Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wird. Die Verleihung findet am 10. Dezember in Oslo statt.

MEMORIAL Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig von MEMORIAL International, einer internationalen Nichtregierungsorganisation, die auf dem Gebiet der Menschenrechte tätig ist und über 60 nationale und regionale Organisationen in mehreren Ländern (Russland, Ukraine, Deutschland, Italien, Frankreich, Tschechien) umfasst.

Die Gesellschaft entstand als Bürgerrechtsbewegung während der Perestrojka-Zeit in der früheren Sowjetunion mit

dem Ziel, die Auswirkungen der Gewalt Herrschaft des Stalinismus aufzuarbeiten und der Opfer zu gedenken.

Hinweis: Irina Scherbakowa steht gerne für Hintergründe und Interviews zur Aktion zur Verfügung.

Aktionswebsite:

www.redsquareprotest.org

Pressekontakt: Danilo Höpfner

E-Mail: presse@memorial.de

Tel.: (030) 46 79 28 29

Claudia Roth besuchte die ehemalige DDR-Frauenhaftanstalt Hoheneck

Dank Evelyn Zupke, der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, kamen am Sonnabend, dem 05. November 2022, Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, Barbara Klepsch, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und Vorsitzende des Stiftungsrates Sächsische Gedenkstätten, Katja Meier, Sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Markus Pieper, Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nach Hoheneck, in die ehemalige zentrale Frauenhaftanstalt der DDR. Anwesend waren außerdem Marcel Schmidt, Oberbürgermeister der Stadt Stollberg/Erzgebirge, Stefan Appelius, Projektleiter der künftigen Dauerausstellung zur Gedenkstätte Hoheneck, und weitere Vertreter der Stadt Stollberg. Als ehemals in Hoheneck Inhaftierte waren Annemarie Krause, Regina Labahn und Karin Leberwurst vor Ort.

Der Tag begann mit einem Gedenken an die Opfer politischer Haft in der SBZ und in der DDR. **Am Gedenkstein, den**

1992 die ehemaligen Hoheneckerinnen vor dem damals noch genutzten Gefängnis errichten ließen, wurden zahlreiche Blumen niedergelegt, während in unmittelbarer Nähe einige Demonstranten ihre Plakate gegen den Besuch von Claudia Roth hochhielten.

Anschließend begann ein Rundgang durch den Arrestbereich des Zellenhauses bis hinauf unter das Dach des Südflügels. Claudia Roth erzählte, sie wuchs in Süddeutschland ohne private Kontakte zur DDR auf, so dass ihr damals nichts über die politische Verfolgung bis hin zur Inhaftierung und eventuellem Freikauf politisch Andersdenkender in der DDR oder gar Einzelschicksale bekannt waren. Die DDR war weit weg.

Karin Leberwurst berichtete aus ihrer Haftzeit im Winter 1974/75 in Hoheneck, einer Zeit starker Überbelegung mit Bodenschläfern. Sie war zu 1 Jahr 6 Monaten wegen Nichtanzeigen einer strafbaren Handlung und wegen Beihilfe zur Republikflucht verurteilt worden, weil sie ihre Freundin nicht anzeigte, die in die Bundesrepublik fliehen wollte. Die vielen

Fragen von Claudia Roth machten ihr das Erzählen leicht.

Im Anschluss wurden die Räume der zukünftigen Dauerausstellung/Gedenkstätte im Westflügel besichtigt. Stefan Appelius erläuterte die geplante Aufteilung der Räume in einen emotionalen und einen analytischen Bereich. Die Dauerausstellung wird die unterschiedlichen Zeitabschnitte mit immer wieder anderen Inhaftierten (auch Männer vor 1950) präsentieren. Zu Beginn der Ausstellung werden zwei Einzelschicksale junger Inhaftierter, die die Haft nicht überlebten, vorgestellt. Dazu gehört ein junger Mann, der nach Kriegsende die furchtbaren Haftbedingungen in Hoheneck beschrieb.

Spannend bleibt, wie die Darstellung mit modernsten elektronischen Mitteln, die besonders junge Menschen ansprechen soll, sein wird. Die von Stefan Appelius vorgestellten Ideen zur Präsentation gefielen Claudia Roth sichtbar. Denn Ziel dieser Dauerausstellung ist es, jungen Menschen unsere jüngere Geschichte nahe zu bringen, sie dafür zu interessieren und zu begeistern. Leider war die Zeit viel zu kurz, um alle Stationen vorzustellen.

Nach dem gemeinsamen Rundgang trafen sich die Teilnehmer in der Cafeteria der Phänomenia zu einer Gesprächsrunde. Zunächst erzählte Annemarie Krause aus ihrer Haftzeit in Hoheneck, wie sie im Februar 1950 aus Sachsenhausen mit dem berüchtigten Frauentransport nach Hoheneck kam. Bereits damals herrschte eine Überbelegung. Als im Herbst 1953 bekannt wurde, dass SMT-verurteilte Gefangene aus der Sowjetunion



Nah der Gedenkstätte demonstrierten Bürger mit diesem Foto gegen den Besuch von Frau Roth. 1990 demonstrierte sie mit Linken unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“ gegen die Deutsche Einheit.

Foto: Wikimedia Commons

entlassen wurden, organisierten die Hoheneckerinnen einen Hungerstreik, um ihre Freilassung zu erkämpfen. Ein herausragendes Ereignis unter den damaligen Haftbedingungen mit einem sehr unterschiedlichen Ausgang für die Beteiligten. Aber ein Zeichen von großer Solidarität untereinander.

Regina Labahn nutzte die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie lange nun schon die ehemaligen Hoheneckerinnen auf diese Gedenkstätte warten, wie viele von ihnen inzwischen gestorben sind und diese Würdigung nicht mehr erleben werden.

Per Video war das Ehepaar Locke zugeschaltet, das 1984 nach Stellung von Ausreisearträgen verhaftet wurde. Uta Locke steht für die vielen Mütter, die durch die Haftzeit von ihren Kindern getrennt wurden. Zum Glück konnte in ihrem Fall die Tochter bei den Großeltern sein. Aber die schmerzliche Trennung von der damals 5jährigen hat sie nicht vergessen.

Die Gedenkstätte soll Ende 2023 eröffnet werden. Die inhaltliche Planung durch Stefan Appelius ist weit fortgeschritten. Vielleicht ist das etwas trügerisch. Denn bevor eine gestalterische Umsetzung des Inhalts erfolgen kann, muss der Inhalt überprüft werden. Beteiligte müssen ihr Einverständnis erteilen. Wir wissen alle, wie schwierig es ist, alles unter Datenschutzaspekten abzusichern. Hier müssen

viele Hürden genommen werden. Wir wünschen uns, dass alle Beteiligten im Interesse der Sache dieses Vorhaben voll unterstützen.

Claudia Roth war sichtlich betroffen von den vielen Schicksalen und sieht als Ziel, dass diese Geschehnisse in ganz Deutschland bekannt werden müssen. Dies gilt besonders für die Jugend, die diesen Teil unserer jüngeren Geschichte allzu oft nicht kennt. Alle Teilnehmer waren sich einig: Hoheneck ist von nationaler Bedeutung.

Als zentrales DDR-Frauengefängnis gehört Hoheneck untrennbar zu den Gedenkort Hohenschönhausen und Bautzen. Wir, die ehemals inhaftierten Frauen in Hoheneck, hoffen deshalb ganz stark, dass diese Besichtigung dazu beiträgt, dass Hoheneck seinen Platz in der Liste der Gedenkstätten des Bundes für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ und der DDR erhält und in Claudia Roth eine Fürsprecherin gefunden zu haben.

Konstanze Helber – Frauenforum



(v.l.): Frau Roht, Herr Krause, Annemarie Krause und Karin Leberwurst.

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke besuchte die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

Am 13.10.2022 hat die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam besucht. Bei einem Rundgang stellte Gedenkstättenleiterin Ines Reich die ständige Ausstellung im historischen Gefängnisgebäude vor und informierte über die aktuelle Sonderausstellung. Sie erzählt das Schicksal der ehemaligen Inhaftierten Marlise Steinert anhand von persönlichen Gegenständen aus dem Gulag und eindrucksvollen Auszügen aus ihrem Erinnerungsbericht. Thema der Gespräche waren auch die differenzierte Darstellung von Häftlingsbiografien, in denen Spionage für westliche Dienste eine Rolle spielt, und der Umgang mit dieser komplexen Geschichte der sowjetischen

Besatzungsherrschaft und des Kalten Krieges bei der Vermittlungsarbeit.

Im Anschluss an den Besuch sagte Evelyn Zupke: „Die Leistikowstraße zeigt uns einen Teil der Geschichte, der nur selten im Fokus steht. Die Teilung Deutschlands ist eben nicht nur Teil unserer deutschen Geschichte. Die dramatischen Schicksale der Häftlinge der Leistikowstraße, die unter menschenunwürdigen Bedingungen mitten in Potsdam inhaftiert waren, sind stille Opfer des Kalten Krieges. Als SED-Opferbeauftragte beeindruckt es mich besonders, dass es ehemalige Häftlinge waren, die in den 1990er-Jahren mit ihrem Engagement den Grundstein dafür gelegt haben, dass dieser Ort heute für die Öffentlichkeit zugänglich ist.“

Ines Reich erklärte: „Wir freuen uns, dass Frau Zupke unserer Einladung gefolgt ist und sich die Zeit genommen hat, um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße kennenzulernen. Bei unserem Rundgang durch die Ausstellungen und den begleitenden Gesprächen haben wir auch Planungen und Perspektiven sowie Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit erörtert.“

Gedenk- und Begegnungsstätte
Leistikowstraße
Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam
Information:
www.leistikowstrasse-sbg.de
www.facebook.com/leistikowstr/
www.instagram.com/leistikowstrasse.potsdam

SED bestrafte einst Musik-Fans mit Arbeitslager im Kohle-Tagebau

Zeitzeugen-Veranstaltung zur Leipziger Beat-Demo am 31. Oktober 1965

In Erinnerung an den Protest jugendlicher Beat-Fans am Reformationstag vor 57 Jahren in der Messestadt fand am 31. Oktober 2022 eine gut besuchte Veranstaltung des „Archiv Bürgerbewegung Leipzig“ (ABL) im Kulturzentrum „naTo“ statt. Nach einem informativen Vortrag der Archiv-Mitarbeiterin Juliane Thieme, ergänzt von Schwarz-Weiß-Aufnahmen der damaligen Geschehnisse, kamen mehrere Zeitzeugen zu Wort, die einst als Musiker in Leipzig aktiv oder sogar bei der Beat-Demo dabei waren. Nicht nur im Westen, auch in der DDR begeisterten sich Jugendliche für den Rock 'n' Roll eines Chuck Berry, Elvis Presley oder die mit den Beatles und Stones verbundene Beatmusik. Deren Fans mit ihren langen Haaren und Glockenhosen wurden in der DDR schnell als „Gammler, Rowdys“, und „Asoziale“ abgestempelt. Sie passten nicht in das Bild der bornierten SED-Funktionäre von einer wohlgezogenen sozialistischen Jugend. Die angebliche psychologische Kriegsführung des Klassenfeindes, durch amerikanische und englische Kultur die DDR-Jugend negativ zu beeinflussen, hatte die SED regelrecht aufgeschreckt.

Laut den Recherchen von Juliane Thieme existierten im Jahr 1965 in Leipzig 49 Beat-Bands mit einer Spielerlaubnis, die die Tanzsäle füllten. „The Butlers“ – eine von Klaus Jentsch, dem Chef der Klaus-Renft-Combo, gegründeten

Beat-Band – gehörte zu den DDR-weit bekanntesten und beliebtesten Leipziger Gitarrengruppen. Im Oktober 1965, nur wenige Wochen, nachdem beim Konzert der „Rolling Stones“ am 15. September 1965 Westberliner Jugendliche die dortige Waldbühne neben dem Olympia-Stadion zerlegt hatten und es zu heftigen Krawallen kam, wurden von den SED-Kultur-Funktionären 44 der Leipziger Bands mit dem Vorwurf der „westlichen Unkultur“ die Spiel-Lizenz entzogen. Dieses drastische Vorgehen der SED-Apparatschiks wurde von den Fans als generelles Beatmusikverbot in der DDR interpretiert. In einem Aktionsplan des Zentralkomitees der SED vom 11. Oktober 1965 wurde angeordnet, die „Jugendpolitik der Partei zu korrigieren“. Der damalige Schlagzeuger und Mitbegründer der „Butlers“, Hans-Dieter Schmidt, erinnert sich: „Das war ein völliger Irrsinn, was die veranstaltet haben. Wir wollten doch nur Musik machen.“

Deshalb riefen damals Fans der verbotenen Gruppe »The Butlers« mittels Flugblättern auf, sich am 31. Oktober 1965 um 10 Uhr auf dem Leipziger Wilhelm-Leuschner-Platz zu treffen, um friedlich zu protestieren und die Wiederzulassung aller verbotenen Bands zu fordern. 500 bis 800 Jugendliche versammelten sich damals im Leipziger Stadtzentrum. Volkspolizei- und Stasi-Kräfte lösten die Beat-Demo gewaltsam mit Wasserwerfern

und unter dem Einsatz von Hunden und Gummiknüppeln auf. Zeitzeuge Thomas Loest, Sohn des Schriftstellers Erich Loest, hatte „nach 57 Jahren noch immer diese schlimme Szene vor Augen, wo ein junger Vater sein kleines Kind vor einem hochspringenden Polizei-Schäferhund ohne Maulkorb, gerade noch schützen konnte. Die Brutalität der Vopos war erschreckend.“

267 Jugendliche wurden damals vorläufig festgenommen. In der Folge wurden 162 von ihnen für mehrere Wochen zur „Arbeitserziehung“ in den Braunkohle-Tagebau nach Regis-Breitungen gebracht. Die Leipziger Beat-Demo von 1965 war die größte öffentliche Auseinandersetzung in Leipzig zwischen dem Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 und der Friedlichen Revolution im Herbst 1989. Der Thüringer Gitarrist und Sänger Andreas Schirneck umrahmte die Gedenkveranstaltung mit seinen starken Musikeinlagen und Erklärungen zum bereits 2006 verstorbenen Klaus Renft, mit dem er in dessen letzten Lebensjahren auf Tour war. Seit dem Jahr 2005 beschäftigt sich das Archiv Bürgerbewegung mit den Themen Beat-Verbot und Beat-Demo in Leipzig. Neben einer ausleihbaren Wanderausstellung bietet das Archiv auch einen Workshop für Schüler zu diesem Thema an.

Thomas Purschke



(v.l.): Juliane Thieme und Thomas Loest – ABL-Beat-Demo.



(v.l.): Hans-Dieter Schmidt und Andreas Schirneck – Leipzig – ABL-Beat-Demo-Veranstaltung.

Das Ende des normativen Kollektivismus?

„Heute werden die Forderungen der Masse nach und nach immer deutlicher und laufen auf nichts geringeres hinaus als auf den gänzlichen Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaft, um sie jenem primitiven Kommunismus zuzuführen, der vor Beginn der Kultur der normale Zustand aller menschlichen Gesellschaft war.“ (Gustave Le Bon: Psychologie der Massen, Körner Verlag 1957, Einleitung zur ersten Auflage, Das Zeitalter der Massen, 1895, S.3.) Was Le Bon (1841–1931) 1895 analysierte und prognostizierte, mag mehr als 100 Jahre später erstaunen, auch wenn manche Begrifflichkeit und wissenschaftliche Einordnung so heute nicht mehr Anwendung findet. Das Zeitalter der Massen jedoch wurde im 20. Jahrhundert auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene des Nationalstaates Realität. Das mündete in eine Reihe autoritärer Staatsformen, die mit unvorstellbarer Gewalt und Brutalität den europäischen Kontinent in Schutt und Asche legten und Massen- und Völkermord ermöglichten. Erster Weltkrieg (1914–1918), Zweiter Weltkrieg (1939–1945), Kalter Krieg (1947–1991). Erst mit der Friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR, dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung sowie der Ausgestaltung der Europäischen Union wurden diese Formen der politischen Herrschaft in Europa weitgehend überwunden. Gegenwärtig sehen wir uns jedoch in einem neuen weltumspannenden Konflikt zwischen demokratisch verfassten Staatsformen und anachronistischen Staatsformen mit Anspruch auf autoritäre und totalitäre Herrschaft.

Das Individuum im sozialistischen Kollektiv

Das Individuum, der einzelne Mensch, erlebt sich in seinem Sein und existiert gleichzeitig im Bewusstsein der Einsicht in die Notwendigkeit. Die wissenschaftliche Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Die Regierung wird den Besten, den Experten, anvertraut. Sie entscheidet über das Handeln des Kollektivs, um den Menschen vor sich selbst und den Gefahren der Welt zu schützen. Erlaubt ist nur, was dem Kollektiv dient durch Entscheidung der Besten. Sie bestimmen, lenken und leiten das Kollektiv in allen Fragen. Im Gegenzug darf der Einzelne im Kollektiv darauf vertrauen, dass der Staat alles Erdenkliche tut, um das Überleben

des Einzelnen im Kollektiv zu sichern. Das Kollektiv jedoch steht dabei über den Interessen des Einzelnen. Es gilt die gesellschaftliche Verabredung, das Individuum ergibt sich in rigorosem Wohlverhalten und in vollständiger Unterordnung, ordnet sich dem Kollektiv unter, hält sich an alle Regeln, selbst wenn diese widersprüchlich und gegen die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen gerichtet sind und bekommt dafür umfassende Sicherheit, Ordnung und Fürsorge, um das Überleben in einer das Leben bedrohenden Welt bzw. Umwelt zu sichern. Abweichungen Einzelner von den kollektiven Normen werden sanktioniert durch Isolierung, Ausgrenzung von sozialer Beteiligung und Ausschluss von ökonomischer Absicherung. In drastischen Fällen von „Fehlverhalten“ oder Abweichung vom normativ konditionierten Kollektivismus kommt die Individual- und Kollektivstrafe zur Anwendung. Die Entsolidarisierung des Kollektivs mit von der Norm abweichendem Verhalten Einzelner gilt als erzieherische Maßnahme.

DDR 1989

Friedliche Revolution, Mauerfall am 09. November und „Wir sind ein/das Volk“. 1990: Währungsunion und Wiedervereinigung. 1991 und folgende Jahre: die Abwicklung des normativen Kollektivismus des DDR-Sozialismus. Das sozialistische Kollektiv war Geschichte. Jetzt hieß es: Es lebe das Individuum, es lebe das Team, es lebe die Firma. Das Leben der ehemaligen Bürger der DDR wurde in einem einmalig kurzen historischen Prozess kollektiv und individuell verändert durch eine aufbegehrende gesellschaftliche Minderheit, befürwortet von einer desillusionierten Mehrheit, die auf ein durch und durch marodes, kollektivistisch organisiertes und repressives System traf. Nicht allein „die Kirche“ oder eine wie auch immer geartete „Opposition“ in der DDR mit oder ohne kirchlichen Kontext hat das SED-Regime „besiegt“ und ihren „Untergang“ herbeigeführt, es war zugleich eine famose gesellschaftliche Implosion einer unfreien und in Teilen „zersetzten“ Angstgesellschaft. Ein Zurück konnte und sollte es nicht geben, so die damalige Vorstellung. Parallel träumten viele noch von einem Sozialismus mit kapitalistischem Antlitz, verbunden mit Konsum- und Reisefreiheit der DDR-Bürger. Es folgte die Abschaffung des Sozialismus und des

Kollektivismus, was eine große Mehrheit der Bevölkerung nachhaltig überforderte. Kapitalismus pur. Auch einen Kommunismus mit kapitalistischem Antlitz wird es nicht geben können ohne Formen totaler Herrschaft, wie ihn uns die großen Führer Chinas weismachen wollen. Oder doch? Wiederholt sich Geschichte?

Die Macht der Philosophen

In der Geschichte der Menschheit wurde auf der Basis des jeweiligen Wissens viel ausprobiert und philosophiert, wie ein Staat zu funktionieren habe, Macht über Gesellschaften zu erlangen sei, und wie Gesellschaften beherrschbar bleiben. Dieser Prozess nennt sich Politik. Politik ist ohne Ideen, die zumeist in Form von Geschichten oder Visionen vorgetragen werden, nicht zu denken: Niccolò Machiavelli (1469–1527), Friedrich der Große (1712–1786), die Terrorherrschaft der Jakobiner (1793–1794), der zerstörerische kommunistische und nationalsozialistische Kollektivismus im 20. Jahrhundert und der amerikanische Traum („American Dream“ geht auf den amerikanischen Schriftsteller und Historiker James Truslow Adams zurück. Er benutzte ihn als erster in seinem Buch *The Epic of America* im Jahre 1931.) von der individuellen Chance auf ökonomische Partizipation des Einzelnen, all diese Ideen dienten als Folie der jeweiligen Wirklichkeit. Konstrukte. Gegenwärtig hören wir viel und oft sehr abstrakt von demokratischen Werten. Schon Platon (428/427 v. Chr.–348/347 v. Chr.) projizierte seine Lebenserkenntnisse – Beispiele sind seine Erfahrungen auf den drei Reisen nach Syrakus – in ein philosophisches Konstrukt der Tugendhaftigkeit. Wer Macht ausübt, also Politik betreibt, für den müssten tugendhafte Werte verbindlich sein. Die Tugendhaftesten also, die Philosophen, führen das Kollektiv, den Staat, die Gesellschaft an. Dies jedoch geschehe in seiner Welt nicht, so Platon resignierend nach seinen Reisen nach Syrakus. Platons Reisen nach Syrakus, auf denen er jedes Mal den Tyrannenhof aufsuchte, standen im Zeichen seiner politischen Zielsetzung. Er wollte die Könige Dion und Dionysios zu einer Lebensweise nach den philosophischen Grundsätzen seiner Tugendlehre bekehren. Platon scheiterte an der Unvollkommenheit der Könige, die den philosophischen Grundsätzen der Platonischen Tugend in der Realität nicht folgen konnten und wollten. Es fehlte ihnen an Werten. Das Scheitern demokratischer Verfassungen leitete er deshalb auch vor allem aus der menschlichen Unvollkommenheit ab. Diese Unvollkommenheit



führe zu Rechtsbruch, Egoismus, Interessenskonflikten, menschlichem Übermut und Hedonismus. Deshalb sei der demokratische Staat ebenso wie die Tyrannis dem Untergang geweiht und die Demokratie werde folgerichtig in einer weiteren Tyrannis münden: „Und mit Recht entsteht somit, denke ich, die Tyrannis aus keiner anderen Verfassung als aus der Demokratie, aus der höchsten Freiheit in die tiefste Knechtschaft“ (Platon: Der Staat. Reclam-Verlag 1982, Achtes Buch [563d-564b], S. 391). Diese Knechtschaft sei zwar unter dem Vorzeichen der menschlichen Schwächen grausam und ungerecht, aber nicht



Berliner Mauer 1988 in Rudow (Dörferblick) gegenüber Schönefeld/Brandenburg

abwendbar. Deshalb müsse es dazu kommen, dass die Leitung eines Staates durch ein Kollektiv der Besten des Staates, den tugendhaften Philosophen, angeleitet werde. Daraus entstünde eine Form der Oligarchie, die als Gruppe die Geschicke des Kollektivs tugendhaft anführe und deren Mitglieder gerecht unterweise, was zu tun und wie zu leben sei. Sparta galt ihm dabei als Vorbild eines tugendhaften Regimes, in dem kollektive Werte wie Ehre und traditionelles Handeln ökonomische Teilhabe ermöglichten je nach sozialer Stellung. Der Ausschluss von Mitgliedern des Kollektivs war aber auch in dieser Gesellschaft gelebter Alltag. Es gab Mord aus niederen Gründen, die Todesstrafe für Abweichler oder Konkurrenten oder die Verbannung. Solche Strafen galten als legitim. Platon selbst war davon mehrfach in seinem Leben in Athen und Syrakus betroffen. Vielleicht deshalb sah er die Lösung der unvermeidlichen Konflikte, die sich aus dem Sein des Menschen an sich ergeben, allein in der Überwindung der menschlichen Schwächen durch ein konstruiertes philosophisches Wertesystem der Tugenden.

Erziehung zum „guten Menschen“

Ob Anton Semjonowitsch Makarenko (1888–1939) sich von Platon inspirieren ließ, wissen wir nicht. Wohl aber von Pestalozzi (1746–1827) und Rousseau (1712–1778). Diese hätten zwar „viele

Bücher geschrieben, aber keine Methode, kein Werkzeug, keine Logik hinterlassen [...], wie man mit einem einzelnen Rowdy fertig wird“ (Jutta Gruber, Betrifft KINDER 09-10/2020). Bis heute gilt Makarenko Anhängern der sowjetischen Pädagogik genau deshalb als der bedeutendste Pädagoge der Sowjetunion. Einige Autoren schrieben ihm sogar das Attribut zu, er sei „russisch-ukrainischer Reformpädagoge“. Selbst die UNESCO hat den Pädagogen und Schriftsteller in die Reihe der „großen Pädagogen“ aufgenommen, weil er neben John Dewey (1859–1952), Georg Kerschensteiner (1854–1932) und Maria Montessori (1870–1952) die Pädagogik des 20. Jahrhunderts am meisten beeinflusst habe. Vor dem Hintergrund seiner sozialen Herkunft, er war Sohn eines Eisenbahnarbeiters und einer Adligen, verabscheute er bereits als Jugendlicher „die geistige Bedeutungslosigkeit und das Schmarotzertum hinter dem äußerlich glänzenden Lebensstil des Adels und erkannte, 'wie unvergleichlich reicher und klarer seine eigene, die Arbeiterwelt ist, in der die wirklichen Schöpfer der menschlichen Kultur leben'.“ (Balabanowitsch, J. S.: Anton Semjonowitsch Makarenko. Ein Abriss seines Lebens und Schaffens. 1. Auflage Berlin, Verlag Neues Leben 1953, S. 12f.) Seine pädagogischen Beobachtungen in den Wirren der russischen Revolution (1917–1923) führten ihn zu dem dann unter Stalins Herrschaft von 1927 bis 1953 legitimierten Postulat der kollektiven Erziehung. Im Gegensatz zur gegenwärtig favorisierten Form der kollektiven Beeinflussung, das Nudging (Synonym für anregen, lenken, formen), rekurrierte die Methode der kollektiven Erziehung Makarenkos etwas verkürzt beschrieben auf die Kollektivstrafe – bestrafe einen, erziehe alle. Nudging hingegen ist eine inzwischen beliebte und vergleichsweise „sanfte“ Form der verhaltensökonomischen Lenkung von Gesellschaften. Es ist eine Methode, bei der versucht wird, das Verhalten von Menschen auf vorhersagbare Weise zu beeinflussen, zum Beispiel bei jeder Art von Werbung. Im Gegensatz zum bisherigen Verständnis, das ohne Verbote und mit ökonomischem Anreiz verbunden war, wird inzwischen auf gesellschaftlicher Ebene zum Teil auf Verbote, Gebote oder ökonomische Ausgrenzung zurückgegriffen, um Verhaltensänderungen vorhersagbar zu erzeugen. Es bilden sich dadurch bekannte und neue Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung heraus. Sie gelten inzwischen auch in Teilen der Gesellschaft als opportun. Wollen wir also Platon, Voltaire (1694–1778) oder Marx (1818–1883) in die Verbannung schicken

oder uns mit ihren Gedanken und Werken auseinandersetzen? Indexe und Verbote stehen jedenfalls im Widerspruch zur postulierten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, meine ich.

Schöne neue Welt?

Die zwar verschiedenen Herangehensweisen, eine Gesellschaft bzw. ein gesellschaftliches Kollektiv anzuleiten, zu führen und zu beherrschen, ob in philosophischer Herleitung als Tugendhaftigkeit oder in Form kollektiver Erziehung oder mit der Methode der „Anregung“, des Nudging, sie alle überschneiden sich in der realen Welt permanent. Daraus entwickeln sich neue Formen des gesellschaftlichen Miteinanders und/oder der Ab- und Ausgrenzung oder eben auch ein neuer Kollektivismus unter dem Label von der „Einsicht in die Notwendigkeit“. Insbesondere allgemein zugängliche Medien und soziale Netzwerke über die bekannten Plattformen im Internet bilden diese dystopische Entwicklung in aller Deutlichkeit ab. Dystopien beschreiben eine ungünstige Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie tauchen meistens in Zeiten des Umbruchs auf. Aldous Huxleys (1894–1963) „Schöne neue Welt“ und George Orwells (1903–1950) Buch „1984“ nahmen in ihren Romanen die auf ihre historischen Erfahrungen abgestellte mögliche zukünftige Entwicklung dystopischer Gesellschaften auf beeindruckende, wenn auch von verschiedener Seite betrachtete Entwicklung, vorweg.

Wenn auch nur eine Minderheit der Gesellschaft auf diesen Plattformen aktiv mitwirkt, so erkennt man aktuell doch Trends, die offenbar bis in die demokratische Politik hineinwirken. Positiv gesehen ergeben sich so für aktive Teilnehmer der Plattformen „kurze Wege“, um die politischen Verantwortlichen anzusprechen, zu kritisieren oder zu loben. Andererseits bilden sich bei den gesellschaftlich relevanten Fragen Diskussionsblasen ab, die Ab- und Ausgrenzung erst ermöglichen oder befördern. Das mündet schließlich in Sprachlosigkeit und/oder völlig überzogenen Missverständnissen. Sprache kann töten oder aufklären.

Das Ende des normativen Kollektivismus?

Der abstrakte Begriff der politischen, sozialen und/oder gesellschaftlichen Freiheit als Gegenentwurf der demokratischen Gesellschaft zum normativen Kollektivismus wird oft verschieden und auch falsch interpretiert. Denn worauf es ankommt,

ist, dass der Einzelne, das Individuum gefordert ist, für sich und sein Leben, für seine Lebensverhältnisse Verantwortung zu übernehmen. Der Staat als gesellschaftliche Organisation kann und sollte dabei nur die Rahmenbedingungen anbieten und einen angemessenen Schutz jenen durch das Kollektiv gewähren, die sich nicht selbst helfen oder ihr Leben in Eigenverantwortung leben können. Dies scheint nach aller bisheriger Erkenntnis

und mit Blick tief in die Geschichte und ihre Experimente gegenwärtig der beste gesellschaftliche Kompromiss zu sein, dem Sein der Menschen an sich gerecht zu werden. Jeder erneute Versuch von normativ konditioniertem Kollektivismus führt dagegen nur zurück in die Vergangenheit unter dem gescheiterten Label Sozialismus/Kommunismus, oder eine andere Form autoritärer bzw. totalitärer Herrschaft. Insofern ist dem Vorsitzenden der UOKG, Dieter

Dombrowski, zuzustimmen, wenn er im Editorial der Ausgabe des „Stacheldraht“ 8/22 ausführt: „Der Bürger ist anders als in einer Diktatur gefordert und aufgefordert, sich für seine Interessen im Rahmen der demokratischen Verfassung einzusetzen. Nach wie vor leben wir in Deutschland, eingebettet in die Europäische Union, in einem nie da gewesenen Wohlstand.“

Henning Pietzsch

Projekt „Vergessene Kinder“

Viele Betroffene von SED-Unrecht sind mittlerweile als Opfergruppe im öffentlichen Diskurs anerkannt und erhalten im besten Fall finanzielle Zuwendungen.

Allerdings dachte – außer ein paar wenigen betroffenen Müttern und Vätern – lange niemand an die „Vergessenen Kinder“ von politisch-inhaftierten Eltern, die während der Haftzeit und auch darüber hinaus eben nicht in Kinderheimen und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe, sondern bei Verwandten und/oder Bekannten untergebracht waren. Herausgerissen aus ihrem gewohnten Umfeld, oft ohne Antworten auf ihre Fragen: „Wo ist Mama? Wo ist denn Papa?“ sind diese Kinder zurückgeblieben. Wenn sie Glück hatten war ihr neues „Zuhause“ liebevoll und fürsorglich, wenn sie Pech hatten, wurden sie von den neuen „Erziehungsberechtigten“ als belastend empfunden, da auch die Taten der Verwandten und Bekannten sich zwangsläufig auf das Leben der „Aufnehmenden“ auswirkten. Mittlerweile sind diese Kinder erwachsen, haben zum Teil eigene Kinder, aber der erlebte Verlust wirkt bis heute nach, bewusst oder unbewusst.

Auf dem ersten bundesweiten Frauenkongress, der August 2021 in Stollberg/Hoheneck stattfand, wurde die Resolu-

tion des Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur e. V. verabschiedet. Neben anderen wichtigen Forderungen sind diese Vergessenen Kinder als erster Punkt aufgeführt. Das Ziel des Projektes „Vergessene Kinder“ ist, diese Kinder dem Vergessen zu entreißen, sie ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und die Thematik den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft nahe zu bringen.

Wie viele Kinder waren überhaupt davon betroffen? Wie viele Kinder leiden noch heute unter den Folgen – und wenn ja, in welcher Form? Wie können wir als Sprachrohr für diese Vergessenen Kinder agieren, wenn wir noch so gut wie nichts darüber wissen. Um auf hoffentlich all diese Fragen aussagekräftige Antworten zu bekommen, haben wir einen Fragebogen entwickelt, der genau das – bei zahlreichen Zusendungen – ermöglichen wird.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie selbst als Betroffene oder Betroffener den Fragebogen ausfüllen oder andere betroffene Kinder, Eltern, Verwandte und Bekannte darauf aufmerksam machen würden. Das Projekt wurde u. a. von den betroffenen Müttern Christina Kraher († 2022) und Elke Schlegel initiiert und wird von Sandra Czech federführend geleitet, sodass Zuschriften und Rückfragen bitte direkt an sie zu richten sind.

Den Fragebogen gibt es in der klassischen herkömmlichen ausgedruckten Art oder in der zukünftigen ohne Papier und Porto und kann bei Sandra Czech (s.czech@uokg.de) angefordert werden. ✉



Foto: © Privatbesitz Elke Schlegel

Während der Inhaftierung der Eltern bei der Oma Schlegel.

Freie Plätze in der Malgruppe der Beratungsstelle Gegenwind

Gegenwind ist eine Beratungsstelle für politisch Verfolgte und Traumatisierte der SED – Diktatur.

Jeden letzten Freitag des Monats bieten wir eine Malgruppe an, in der – begleitet von einer Kunsttherapeutin – gemalt, gezeichnet, experimentiert, gesprochen oder nur geschaut werden kann.

Bei der künstlerischen Selbsterfahrung geht es nicht um künstlerisches Können, sondern um eine andere Art der Auseinandersetzung mit dem Erleb(t)en und den Austausch über die entstandenen Bilder und Objekte.

Es können auch Museumsbesuche, Exkursionen oder das Malen im Freien stattfinden.

Wir laden Interessierte herzlich ein, vorbeizukommen und teilzunehmen.

Der nächste Termin:

23.12.22, 10–13 Uhr

Bei Fragen wenden Sie sich gerne an uns: (030) 39 87 98 11/12 kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de

Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

Liebe Angehörige und Freunde, am 29. Oktober 2022, am Vorabend des in Russland offiziellen Gedenktages für die Opfer politischer Verfolgung, wurden wie jedes Jahr in vielen russischen Städten und weltweit die Namen derer gelesen, die Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Zum dritten Mal fand diese Namenslesung auch am Berliner Steinplatz statt. Memorial Deutschland e.V. hatte wieder zu dieser Gedenkveranstaltung eingeladen, um am Denkmal für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz in Berlin-Charlottenburg die Namen der aus Sachsen-Anhalt stammenden Opfer zu verlesen. In den letzten zwei Jahren wurden die Opfer aus Berlin und Brandenburg gelesen. Zwischen 1950 und 1953 wurden 923 Zivilistinnen und Zivilisten von Sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt, nach Moskau verschleppt und dort erschossen, 140 Personen kamen davon aus Sachsen-Anhalt. Die meisten Opfer wurden nach dem Zerfall der Sowjetunion von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert. Die Opfer haben kein individuelles Grab, sie wurden heimlich erschossen und die meisten auf dem Donskoje Friedhof in Moskau anonym verscharrt. Der derzeitige grauenhafte Krieg Russlands gegen die Ukraine fordert Tausende unschuldige Tote, viele in Massengräbern verscharrt. Es kamen ca. 100 Personen zur Gedenkveranstaltung, darunter etliche Russen und Ukrainer. Viele lasen Namen ihrer eigenen Familienmitglieder oder anderer für sie wichtige Personen, die Opfer kreml'scher Gewaltherrschaft wurden, vor.

So hat Frau Sabine Erdmann-Kutnevic an das Schicksal ihres Onkels Hans-Jürgen Erdmann erinnert. Er arbeitete im Schacht bei der SAG Wismut und wurde im Sommer 1951 verhaftet. Er wurde zum Tode verurteilt und am 26. Juni 1952 in Moskau erschossen. Seine Nicht-Rehabilitierung belastet die Familie bis zum heutigen Tag. Weiterhin erinnerte Frau Erdmann-Kutnevic an Boris Romanchenko, 96 Jahre und Überlebender mehrerer deutscher KZ, der im März 2022 in seiner Wohnung in Charkiw nach russischem Raketenbeschuss verstarb, und an Liza Dmytriwa, 4 Jahre, gestorben am 14.7.2022 nach russischem Raketenbeschuss auf Winnyzja auf dem Weg von der Logopädin nach Hause. Sie hatte das Down-Syndrom und wurde von ihrer Mutter „kleiner Engel“ genannt.

Frau Nora Kreis, Mitarbeiterin der Beauftragten des Landes Sachsen Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, stellte das gerade erschienene Buch mit all den vielen Namen, die an diesem Nachmittag verlesen wurden, vor: ABGEHOLT, VERSCHWUNDEN, HINGERICHTET – Politische Verfolgung in Sachsen-Anhalt 1945 bis 1953. Hg.: Birgit Neumann-Becker. <https://lesbar-kressbronn.buchkatalog.de/abgeholt-verschwunden-hingerichtet-9783963114632>

Auch Angehörige der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion beteiligten sich an der Namenslesung. So wurde auf den Aufstand, bzw. Streik der Workuta-Häftlinge erinnert, der von MWD-Truppen am 1. August 1953 blutig niedergeschlagen wurde. Im Lager 10 (Schacht 29) wurden 64 Tote verzeichnet. Die große Mehrheit der Opfer waren Ukrainer. Namentlich bekannt sind 30 Ukrainer (fast jeder Zweite...), die bei der Niederschlagung des Streiks erschossen wurden. Die zwei deutschen Opfer waren Wolfgang Jeschke aus Berlin (geb. am 2. März 1932) und Hans-Gerd Kirsche (geb. am 21.11. 1929 in Waldheim / Döbeln).

Stefan Krikowski
Sprecher der Lagergemeinschaft
Workuta/GULag Sowjetunion
Mitglied in der Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft
(UOKG)
Tel. (030) 78 71 48 18
smkrikowski@web.de
www.workuta.de

Buchhinweis: Ahrberg, Edda; Drauschke, Frank; Weigelt, Andreas: ABGEHOLT, VERSCHWUNDEN, HINGERICHTET Politische Verfolgung in Sachsen-Anhalt 1945 bis 1953, Hg: Birgit Neumann-Becker, Gebunden, Mitteldeutscher Verlag (2022), 708 S., ISBN-13 978-3-96311-463-2

Impressionen von der Gedenk-Veranstaltung

Unbekannte klebten unter „DEN OPFERN DES STALINISMUS“ zusätzlich ‚UND PUTINISMUS‘ auf die Gedenktafel, die Teilnehmer nahmen dies wohlwollend und zustimmend zur Kenntnis. Das Klebeband war schon am nächsten Tag von unbekannter Hand entfernt worden.



Fotos: Memorial



Sabine Erdmann-Kutnevic, Vorstandsmitglied von Memorial Deutschland



Der ehemalige Workuta Häftling (1952–1955) Peer Lange im Gespräch mit Stefan Krikowski, Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

Nachruf auf den Deutschlandfunk-Journalisten Herbert Fischer

Als Reisekorrespondent für die DDR nutzte der langjährige Sportredakteur des Deutschlandfunks in Köln, Herbert Fischer, damals jede sich ihm bietende Gelegenheit, in den Osten zu fahren. 1946 im sächsischen Löbau geboren, flüchtete er mit seiner Familie Anfang der 1950er Jahre in den Westen, wurde dort nach dem Abitur Journalist. Nicht nur die in der DDR wohnenden Verwandten, auch das generelle Interesse an den Menschen und Zuständen im SED-Regime, waren für den leidenschaftlichen Journalisten von Interesse.

Herbert Fischer hat wie kaum jemand sonst in seinen fast 40 Jahren beim Deutschlandfunk (DLF) bis zur Pensionierung im Jahr 2011 viele „unbequeme“ Themen wie Korruption im Weltsport, aber auch das kriminelle Minderjährigen-

Doping in der DDR sowie die Aufarbeitung der Verbrechen des SED- und Stasi-Regimes etc., intensiv beackert. Er ist dabei zahlreichen Tätern, Funktionären und Sportpolitikern sowie stasibelasteten Journalisten auf den Schlipps getreten.

Er gehörte zu den besten Kennern der deutsch-deutschen Sportpolitik zu Zeiten des Kalten Krieges. Mehreren Generationen von Nachwuchs-Journalisten war er ein beliebter Ratgeber und Vorbild. Auch die Moderation von zahlreichen Aufarbeitungs- und weiteren Sportpolitik-Themen im ganzen Land gehörte zu seinem Wirken, wo er immer bestens vorbereitet war.

Seine Berichte und Sendungen hatten immer Tiefgang. Missstände und Fehlentwicklungen im Sport schonungslos zu

thematisieren, war einer seiner Schwerpunkte. Besonders die jungen Opfer des Dopingmissbrauchs im Sport in der DDR, sowie auch in der Bundesrepublik, waren ihm ein wichtiges Anliegen. Zu zahlreichen Prozessterminen gegen die DDR-Verantwortlichen um den langjährigen Sportchef Manfred Ewald und den Sportmediziner Manfred Höppner sowie weiteren Tätern, reiste Fischer im Jahr 2000 als kompetenter Berichterstatte nach Berlin.

Nach langer, schwerer Krankheit ist Herbert Fischer am 06. November im hessischen Solms bei Gießen im Kreise seiner Familie im Alter von fast 76 Jahren verstorben. Er war ein einzigartiger Kollege und Freund. Seine wohlvertraute Stimme wird nun für immer fehlen.

Thomas Purschke

Nachruf auf Werner Schulz

Im Alter von 72 Jahren verstarb gestern der Bürgerrechtler und Politiker Werner Schulz bei einem Symposium zum Thema „Wie erinnern wir den 09. November“ im Schloss Bellevue. In Zwickau geboren, gehörte er seit 1968 verschiedenen Oppositionsgruppen der Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung in der DDR an und war im September 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung Neues Forum. Als dessen Vertreter saß er am Zentralen Runden Tisch und war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Von 1990 bis 2005 gehörte Werner Schulz für Bündnis 90/Die Grünen dem Deutschen Bundestag und von 2009 bis 2014 dem Europaparlament an.

Es war vor allem der Prager Frühling 1968, der ihn kurz vor dem Beginn seines Studiums politisierte. Im Pankower Friedenskreis engagierte er sich in den 1980er Jahren für friedenspolitische Ziele mit dem Grundmotiv „Keine Gewalt“, das ihn auch später prägte, als er sich mit Fragen von rechtsextremistischer und struktureller Gewalt in der Gesellschaft beschäftigte.

„Keine Gewalt“ – wäre auch heute in unserer Gesellschaft eine wichtige Aufgabe, so seine Haltung. Ihn beschäftigte, wie man gewaltlos miteinander leben

könne vor dem Hintergrund verschiedener Kulturen und Lebensansprüche. Seit vielen Jahren unterstützte er die russische Opposition in ihren Bemühungen um Demokratie und Meinungsfreiheit und warnte vor den zunehmenden totalitären Tendenzen in Russland.

In seiner Rede zur Verabschiedung von Ulrike Poppe, der ersten Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Brandenburg, und meiner Einführung als ihre Nachfolgerin am 19. September 2017 betonte er die Bedeutung der Aufarbeitung von politischem Unrechtsgeschehen und machte deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine Demokratie belebende Wirkung entfaltet. Er endete mit der Aufforderung: „Gerade in Zeiten, in denen aus Bürgermüdigkeit Bürgermüdigkeit und aus Politikverdrossenheit Politikverachtung geworden ist, sollten wir den Wutbürgern entgegenhalten, woher wir kommen, was wir erreicht und überwunden haben. Damit nicht Hass und Intoleranz – die Wesensmerkmale jeglicher Gesinnungsdiktatur – alles niederbrüllen und womöglich wieder viel kaputt machen.“

Am 09. November, dem Tag, an dem wir daran erinnern, was wir erreicht und überwunden haben, verloren wir Werner

Schulz als wichtigen Weggefährten und als unabhängige Stimme im politischen Raum.

Wir trauern mit seiner Familie und seinen Freunden.

Dr. Maria Nooke
Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur

Nachruf auf Hans Günter Kirchstein

Vier Wochen vor seinem 100. Geburtstag starb in Bonn-Bad Godesberg der ehemalige Ministerialrat Hans Günter Kirchstein. Er gehörte zu den westdeutschen Beamten, die sich nach der friedlichen Revolution in der DDR aktiv am Aufbau der Bundesländer Sachsen und Thüringen beteiligten. Bis in sein hohes Alter war er politisch aktiv und nahm an vielen Tagungen der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur teil. Ehre seinem Angedenken.

Alexander W. Bauersfeld
Hannover

Die Unsichtbaren

Für oder gegen Deutschland? Es gab in der Geschichte viele professionelle Spioninnen und Mitarbeiterinnen in allen Nachrichtendiensten.

Maik Baumgärtner (SPIEGEL-Journalist) und Ann-Katrin Müller (Redakteurin im



Maik Baumgärtner/Ann-Katrin Müller: *Die Unsichtbaren. Wie Geheimagentinnen die deutsche Geschichte geprägt haben.* Deutsche Verlags-Anstalt 2022, 384 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3421048967

SPIEGEL-Hauptstadtbüro) zeigen in einem eindrucksvollen Überblick deren Tätigkeit im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Nazizeit.

Was DDR und BRD angehen, so gibt das Buch an manchen Stellen neue Erkenntnisse preis. Bis zur Wiedervereinigung spionierten mehr als 10.000 Menschen aus Ost- und Westdeutschland für den BND.

Krasses Beispiel: In der Residenz des russischen Geheimdienstes in Dresden arbeitete in den 80er Jahren eine BND-Agentin als Übersetzerin. „Lenchen“ freundete sich mit der damaligen Ehefrau des KGB-Mannes Putin an und erfuhr intime Details aus dessen Familienleben (z.B. schlug er seine Frau und hatte viele Affären). Erst 2011 wird dies öffentlich bekannt.

Außer diesem heiklen Spionagefall war es weitverbreitet, dass der BND die DDR mit Sekretärinnen infiltrierte. Eine davon war Elli Barczatis, die im Büro des Ministerpräsidenten Grotewohl arbeitete und entscheidende geheimste Unterlagen

weitergab, so dass der DDR großer Schaden zugefügt wurde. Sie wollte auf diese Art persönlich dazu beitragen, gegen das verhasste Ulbricht-Regime zu kämpfen. Nach Ablehnung eines Gnadengesuchs richtete sie die DDR 1955 mit dem Fallbeil hin.

Wie nicht anders zu erwarten, schickte die Stasi viele „Kundschafterinnen“ in den Westen, die fleißig z.B. bei der CDU oder der NATO Protokolle und Schriftstücke sammelten und entsprechende Panzerschränke öffnen konnten oder Telefongespräche abhörten. Christel Broszcy war eine der 12.000 IM (28 % Frauenanteil) und von ihrer Arbeit als Spionin überzeugt, weil sie die Spitzenpolitiker wie Kurt Biedenkopf als „willfährige Werkzeuge des Großkapitals“ angesehen hatte.

Das Sachbuch kann durchaus auch als Krimi oder – noch besser – als Geschichtsbuch gelesen werden, denn manche Geheimagentinnen haben die deutsche Geschichte geprägt.

Berthold Schäffner

Ich kann keine Briefe schreiben...

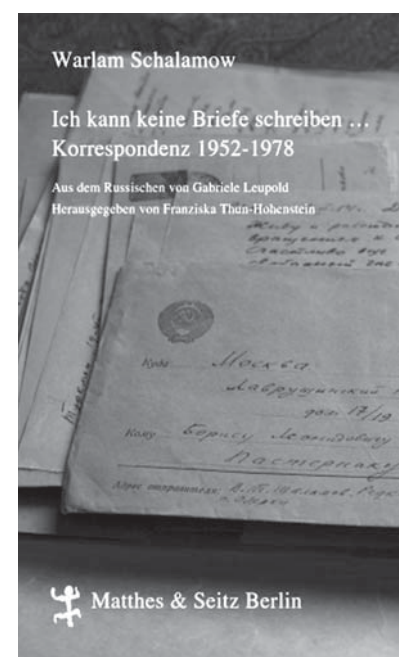
Korrespondenz 1952–1978

Briefe waren für den Jahrhundertautor Warlam Schalamow unverzichtbares Medium des Nachdenkens über Erlebtes, Gelesenes, Filme oder Ausstellungen, über seine Gedichte und seine Prosa, über das Wesen der Dichtung und der Literatur überhaupt. Briefe überbrückten räumliche Distanzen, sei es 1952–1953 zwischen ihm selbst im sibirischen Jakutien und Boris Pasternak in Moskau oder in den Sommern der 1960er-Jahre, als er sich in Moskau aufhielt und Nadeschda Mandelstam auf dem Land. Mit den Jahren ersetzten Briefe dem Ertaubten zunehmend das mündliche Gespräch. Als seine Erzählungen aus Kolyma in den informellen Kreisen des Samizdat kursierten, aber es keine Möglichkeit gab, mit den Lesern ins Gespräch zu kommen, fand Schalamow in den Briefen das ideale Medium, um sich selbst zu erklären und darzustellen. So

eröffnen seine Korrespondenzen vielstimmige, oft überraschende Einblicke in sein Leben, sein Schreiben und das literarische Leben in Moskau der Nachkriegsjahrzehnte.

Warlam Schalamow: *Ich kann keine Briefe schreiben. Korrespondenz 1952–1978.* Franziska Thun-Hohenstein (Hg.), Werkausgabe Bd. 8, Matthes & Seitz Berlin 2022, 751 Seiten, ISBN-10: 3751800751, ISBN-13: 978-3751800754

Franziska Thun-Hohenstein: *Das Leben schreiben. Warlam Schalamow: Biographie und Poetik,* Matthes & Seitz Berlin 2022), 536 Seiten, ISBN-10: 3957570379, ISBN-13: 978-3957570376



Aus dem Lande gejagt

Die DDR-Jahre des Dichters Wolfgang Hilbig

Sein erstes Buch, der Lyrikband „Abwesenheit“ (1979), erschien in Frankfurt/Main und nicht in Ostberlin oder Leipzig. Schon das Titelgedicht offenbarte die Fremdheit des Autors Wolfgang Hilbig gegenüber dem Land, wo er lebte und arbeitete: „[...] wie lange noch wird unsere Abwesenheit geduldet keiner bemerkt wie schwarz wir angefüllt sind wie wir in uns selbst verkrochen sind in unsere Schwärze.“

Hier nahm ein noch unbekannter Arbeiter, der Gedichte schrieb, nicht teil am lauthals verordneten „Aufbau des Sozialismus“, der von den Schriftstellern Optimismus und Vertrauen in den Staat einforderte. Als Arbeiterkind hätte er, wenn er die DDR-Wirklichkeit in leuchtenden Farben besungen hätte, durchaus in die Ränge der „sozialistischen Nationalliteratur“ aufsteigen können bis zur Auszeichnung mit dem Nationalpreis.

Geboren 1941 in Meuselwitz bei Altenburg/Thüringen als Enkel eines Bergarbeiters (sein Vater war seit 1942 bei Stalingrad vermisst), erlernte er den Beruf eines Bohrwerkdrehers. Von seinem Betrieb 1967 in einen Leipziger „Zirkel schreibender Arbeiter“ delegiert, schied er dort schon ein Jahr später wieder aus, weil seine Gedichte auf völliges Unverständnis stießen. Entdeckt als Lyriker wurde er dann während einer der legendären Lesungen, die Siegmund Faust am 26. Juni 1968 auf einer Bootsfahrt durch den Leipziger Elsterstausee veranstaltete. Da er in den Jahren 1970/79 als Heizer, zunächst in Meuselwitz, später in Ostberlin arbeitete, konnte er von der DDR-Justiz nicht als „Arbeitsscheuer“ belangt werden. Dennoch wurde er am 10. Mai 1978 von der „Staatssicherheit“ verhaftet und bis 03. Juli einem Verhör unterzogen, danach aber ohne Anklageerhebung entlassen. Siegmund Faust machte nach seiner Ausbürgerung 1976 Karl Corino vom „Hessischen Rundfunk“ auf Wolfgang Hilbigs Gedichte aufmerksam. So kam es zur Westveröffentlichung und zur Auszeichnung des Autors am 19. November 1983 mit dem „Brüder-Grimm-Preis“ der Stadt Hanau.

Dass Wolfgang Hilbig in seiner Entwicklung als Schriftsteller bis zur Ausreise am 06. November 1985 starken Behinderungen durch die DDR-Behörden ausgesetzt

war, wusste man. Jetzt, im Jahr seines 80. Geburtstags am 31. August 2021, erfährt man die Einzelheiten. Die ständige Überwachung durch die „Staatssicherheit“, wo er als „feindlich-negativer Autor“ geführt wurde, erscheint gegenüber diesen Zeugnissen staatlicher Vernichtungspolitik fast als zweitrangig. Dem 1953 in Ostberlin geborenen und ausgebildeten Literaturwissenschaftler Michael Opitz, Verfasser einer Wolfgang-Hilbig-Biografie (2017), ist es zu verdanken, dass alle diese Briefe, Aktennotizen und Observierungsberichte aufgespürt, gesammelt und, sachkundig kommentiert, veröffentlicht wurden.

Begonnen hat des Autors aufreibender Kampf gegen die DDR-Bürokratie damit, dass er dem „Büro für Urheberrechte“ in Ostberlin am 17. Februar 1979 in einem Brief anzeigte, dass sein Gedichtband „Abwesenheit“ im Sommer im Samuel-Fischer-Verlag in Frankfurt/Main erscheinen werde. Um für diese Westveröffentlichung eine Genehmigung zu bekommen, mussten von zwei DDR-Verlagen Negativgutachten beigebracht werden. Trotz positiver Einschätzung dieser Gedichte durch den literaturkundigen DDR-Autor Stephan Hermlin (1915-1997) schrieb das Lektorat des Aufbau-Verlags am 14. September 1978, dass man sich „keine engeren Arbeitskontakte zwischen uns“ vorstellen könne, während der Mitteldeutsche Verlag in Halle dem Autor vorwarf „einseitig individualistisch“ orientiert zu sein und „ideologische Auseinandersetzungen“ zu vermeiden.

Enttäuscht von diesen Absagen wandte sich Wolfgang Hilbig, der in seinen Briefen immer höflich, aber unnachgiebig in seinen Forderungen blieb, am 27. Juni 1979 in einer Eingabe von vier Druckseiten an die nächsthöhere Instanz, an Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann, worauf aber nicht er selbst, sondern sein Stellvertreter, der „Büchereisenminister“ Klaus Höpcke, am 27. Juli antwortete und das Veröffentlichungsverbot im „Ausland“ rechtfertigte. Er freilich hatte schon Erfahrungen gesammelt im Verbot von Literatur. Als der Hinstorff-Verlag in Rostock 1978 eine Ausgabe mit Frühschriften des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard (1813-1855) plante, wies er Verlagsleiter Harry Fauth an, das zu verhindern. Die Skandinavistin Gisela

Perlet, damals Lektorin bei Hinstorff, hat daraufhin gekündigt und nach dem Mauerfall 1989 in einem Aufsatz die Hintergründe dieser literaturfeindlichen Aktion aufgedeckt. Auch Jurek Beckers vierter Roman „Schlaflose Tage“ (1978) durfte in keinem DDR-Verlag erscheinen, weil, so rechtfertigte Klaus Höpcke das Verbot, dort die sozialistische Gesellschaftsordnung als „vorübergehend“ bezeichnet werde.

Der Lyrikband erschien dennoch im August 1979 in Frankfurt/Main. Die nächste Hürde der DDR-Bürokratie, die zu überwinden anstand, war, 1985 ein Westvisum für ein Jahr zu bekommen, weil dem widerborstigen DDR-Autor vom Deutschen Literaturfonds in Darmstadt ein Arbeitsstipendium zugesprochen worden war. Obwohl Kurt Hager, der Leiter der „Ideologischen Kommission beim ZK der SED“, seine Zustimmung strikt verweigert hatte, genehmigte Erich Honecker die befristete Ausreise, von der Wolfgang Hilbig nicht zurückkehrte.

Danach, in der bundesdeutschen Demokratie, konnte er seine schriftstellerische Begabung voll entfalten. Bis zu seinem Tod am 02. Juni 2007 veröffentlichte er 15 Bücher. Dafür wurde er mit 18 Literaturpreisen ausgezeichnet, darunter dem „Bremer Literaturpreis“ (1994) und dem „Georg-Büchner-Preis“ (2002).

Diese Dokumentation ist ein kaum hoch genug einzuschätzender Beitrag zur Kriminalgeschichte der DDR-Literatur. Wolfgang Hilbig konnte, trotz aller Widerstände, Schriftsteller werden. In Ines Geipels und Joachim Walthers Buch „Gespernte Ablage. Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945-1989“ (Düsseldorf 2015) kann man nachlesen, welchen Autoren das nicht vergönnt war.



.....
 Wolfgang Hilbig: *Ich unterwerfe mich nicht der Zensur. Briefe an DDR-Ministerien, Minister und Behörden, herausgegeben und kommentiert von Michael Opitz, In: Neue Rundschau, Heft 2/2021, Samuel-Fischer-Verlag, Frankfurt/Main 2021, 208 S., ISBN 9783108091262*

Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“

Für das Projekt „Biographieverläufe und Identitätskonstruktionen von DDR-Leistungssportlern“ werden ehemalige Sportlerinnen und Sportler gesucht. Ansprechpartnerin ist Annemarie Bierstedt unter annemarie.bierstedt@med.uni-rostock.de.

Eine ähnliche Zielgruppe, nämlich Sportlerinnen und Sportler, die in olympischen Disziplinen tätig und dem DDR-Staatsdoping ausgesetzt waren (anerkannt nach dem Doping-Opfer-Hilfe-Gesetz) sucht Eva Flemming noch für Interviews sowie die Aufnahme körperlicher Parameter für ihre Studie „Staatsdoping und das Leistungssportsystem der DDR“. Interes-

senten melden sich bitte über eva.flemming@med.uni-rostock.de.

Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen, die rehabilitiert sind oder einen Vermerk von operativen Vorgängen in ihren Stasi-Akten nachweisen können, können sich bei Anne Maltusch unter anne.maltusch@med.uni-rostock.de für die das Projekt „Operative Vorgänge, Zersetzungsmaßnahmen in der DDR“ melden.

Auch im Projekt „Psychobiologische Langzeitfolgen nichtstrafrechtlicher Repression“ von Ruth Marheinecke werden Betroffene gesucht. Hier erwarten Sie Interviews und die Messung körperlicher

Parameter. Sowohl Personen mit Repressionserfahrung (aber keine Haft) als auch Personen ohne diese können am Projekt teilnehmen und sich unter ruth.marheinecke@med.uni-jena.de melden.

Sollten Sie teilnehmen wollen, aber keine E-Mail besitzen, rufen Sie gerne unter 03641-939 80 40 an.

Projektsprecher und V.i.S.d.P.:

Prof. Dr. Bernhard Strauß,
Universitätsklinikum Jena,

Institut für Psychosoziale Medizin,
Psychotherapie und Psychoonkologie

Stoysstraße 3, 07740 Jena

Webseite: www.sed-gesundheitsfolgen.de

Neue Ausgabe der Zeitschrift Gerbergasse 18 mit Schwerpunkt FRIEDEN erschienen

Die neue „Gerbergasse 18“ (Heft 104) ist im lokalen Buchhandel oder direkt über die Geschichtswerkstatt Jena erhältlich.

Für Rückfragen und Informationen:

Daniel Börner (Redakteur/Projektmanager), Telefon: 03641 - 82 12 35; E-Mail: d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de

Kontaktanzeige

Aufgeschlossener, empathischer, verständnisvoller 60jähriger Deutscher mit ostdeutschen Wurzeln und in Holland lebend und aufgewachsen (Kommunismus Gegner), sucht einen freundschaftlichen Gedankenaustausch mit einer Zeitzeugin/einem Zeitzeugen, die/der in den Jahren von 1955 bis 1990 unter dem SED-Regime gelitten hat, z.B. als Insasse eines politischen Gefängnisses oder in einem Jugendwerkhof oder der sonstige persönliche Benachteiligungen im täglichen Leben erlitten hat.

Meine Anschrift lautet:

Stefan Bielefeld, Scheldestr. 38, 5704 AH Helmond, Niederlande

Mail: andromeda30@kpnmail.nl; Tel.: 0031 492 516607 (nach 11.00 Uhr)

Korrekturen zur Ausgabe 8/22

Im Editorial wurde das Datum zum Mauerfall am 09.11.1989 irrtümlich auf den 09.09.1989 vorverlegt, was unseren fleißigen Lesern natürlich sofort auffiel. Dank an Herrn Dr. Schlomann!

Auf S. 19 im Beitrag „Aus meinen Lebenserinnerungen“: In der linken Spalte, vorletzter Absatz, erste Zeile, muss es „ein explodierendes Flugzeug“ heißen.

Auf S. 21 fehlte zur Vorstellung des Buches von Doris Liebermann der weiterführende Hinweis auf das Buch: „Gegen die Angst seid nicht stille“: Das geheime Tonband von Pannach, Kunert und Fuchs, Taschenbuch 1. Aufl., Mitteldeutscher Verlag, 320 Seiten, ISBN-10 3963116897.

Korrektur zum Beitrag „Cottbuser Menschenrechtszentrum bittet um Unterstützung für den vierten Hilfstransport nach Odessa“; Ausgabe 8/22: In der letzten Ausgabe hatten wir den aktuellen Ukraine-Spendenaufwurf vom Cottbuser Menschenrechtszentrum (MRZ) veröffentlicht. Das MRZ informierte uns nun über eine wichtige Änderung: Anders als ursprünglich angegeben, werden keine Sachspenden gesammelt, sondern ausschließlich Finanzspenden. Jeder Betrag ist herzlich willkommen und wird dafür eingesetzt, u. a. medizinische Instrumente bzw. dringend benötigtes Material für das Militärkrankenhaus in Odessa finanzieren zu können.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise.

Zeitschrift Horch und Guck: Schwerpunkt „Putins Spiel mit der Welt“

Soeben im Aufarbeitungs-Internetforum erschienen. Der neue H-und-G.info (Heute und Gestern) Schwerpunkt „Putins Spiel mit der Welt“ – Der Ukraine-Krieg und die Folgen ist erschienen.

Er steht jetzt im Netz:

<http://h-und-g.info/default-title-2>

Putin ging es nie nur um die paar km² im Donbas, er will die westlichen Welt herausfordern und in die Schranken weisen. Russischer wie sowjetischer Expansionismus stehen bei seinem Danken Pate. Wie kaum eine kriegerische Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren sind die Folgen nicht nur in Europa deutlich spürbar. Inzwischen kann sich kaum ein Land heraushalten, alle sind gefordert, Position zu beziehen. Auch mit innenpolitischen Rückwirkungen. Die Frage nach einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa ist gestellt. Aber die Phalanx der Putin-Gegner ist keineswegs so festgefügt, wie es aus europäischer Perspektive oft scheint. Unterschiedliche Interessen, eine Skepsis gegenüber der westlichen Welt zeigen Wirkung und bieten Putin immer wieder Chancen, Allianzen zu bilden und eine Isolation zu durchbrechen. H-und-G.info versucht schlaglichtartig einen Blick auf verschiede-



ne Staaten und deren Position zu werfen. Es werden, wie beim letzten Ukraine-Schwerpunkt, weitere Artikel nachgestellt, es können auch noch neue eingesendet werden: h-und-g.info@web.de

Wir hoffen, die Ausgabe findet Ihr Interesse.

Christian Booß, Susan Schmidt-Ehrlich,
Martin Böttger

Bekanntmachung!

Laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 28.12.2021 wird sich der BSV Förderverein für Beratungen zum 31.12.2022 auflösen.

Zu diesem Zeitpunkt enden auch die Mitherausgeberschaft für den Stacheldraht und das Beratungsprojekt.

Bitte keine Überweisungen mehr auf das Konto des BSV Fördervereins IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00 vornehmen.

Ebenso wird das Stacheldraht-Konto IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 01 zum 31.12.2022 geschlossen.

ABO und Spenden für den Stacheldraht bitte ab 01.01.2023 auf das Konto UOKG Nr. 7342728, IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00, BIC: DEUT-DEDBBER überweisen. Als Verwendungszweck ABO oder Stacheldrahtspende unbedingt angeben!

Bitte nicht vergessen, die bisherigen Daueraufträge zu stornieren bzw. zu ändern.

Allen Mitstreitern für die Zukunft nur das Beste und viel Gesundheit.

Der Vorstand des BSV Fördervereins für Beratungen.

Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im Dezember und Januar Geburtstag haben

Kurt Große am 01. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz am 20. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember, Dr. Egon Weber am 05. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
Mo, Mi, Fr 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail: germer@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer
Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Telefonische Sprechzeiten
Elke Weise, Juristin
Di, Do, 11–17 Uhr, Fr. nach Vereinbarung

Für persönliche Beratungen wird telefonische
Anmeldung empfohlen.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Michael Striss, Ursula und Udo Schulz, Peter Edmund, Robert Horst Müller

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein

Konto-Nr. 665 52 45 01

BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Die weiteren Spender vom Oktober, November und Dezember 2022 werden in der Januarausgabe 2023 des Stacheldrahtes 1/23 veröffentlicht.

Das Zitat

„Wenn die Regierung das Volk fürchtet, herrscht Freiheit. Wenn das Volk die Regierung fürchtet, herrscht Tyrannei.“

Thomas Jefferson (1743–1826, einer der Gründerväter der USA und ihr 3. Präsident).

Quelle: Stiftung Zentrum für politische Bildung. Ein Leitfaden für Lehrer zur Ausstellung World Press Photo – Zitate auf ein Bild setzen, S.6, 2. überarbeitete Version (November 2021); Wer war Thomas Jefferson? Ein Gründervater und Präsident zwischen politischem Anspruch und Wirklichkeit. <https://www.usa-info.net/usa-wiki/wer-war-thomas-jefferson/>

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 23
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
Neue E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinntstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 9/22: 11. November 2022

Redaktionsschluss Ausgabe 1/23: 20. Januar 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)